

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, unsere Frauenwelt und Jugend einschließlich Beirgerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, Erziehung tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Mittwoch den 6. Mai 1914.

25. Jahrg.

Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Bräun wurden 30 Personen verletzt.

Aus Anlaß der Strafverfolgung des Genossen Tschidje kam es in der russischen Duma zu stürmischen Kuffritten.

Die Albanier haben den Vorschlag auf Argrocastro angenommen; die Epiroten bemächtigten sich der Stadt Grefka.

Die Feuergefechte zwischen Regierungstruppen und Rebellen bei Tampico dauern fort.

Bei einer Dynamitexplosion am Panamakanal wurden acht Personen getötet.

In Portugiesisch-Kongo sind erste Unruhen ausbrechen.

Militärverwaltung und Reichstag.

Im Reichstage begannen gestern die Beratungen des Heeresetats mit dem Titel „Behalt des Kriegsministers“, und es wäre für die Volksvertretung die Gelegenheit gegeben gewesen, mit der Heeresverwaltung gründlich abzurechnen über die mehr als unwürdige Behandlung, die ihr fortgesetzt von militärischer Seite zuteil wird. Im vorigen Jahre hat der Reichstag die gewaltige Heeresvermehrung bewilligt, zum Dank dafür bekam er erst wieder vor einigen Tagen, als jüngstes Glied in der Reihe einer langen Kette von Brüstungen, von einem Vertreter der Militärverwaltung, dem General v. Hohenborn, mit knurrender Stimme und verächtlicher Gebärde gesagt, die Ausbildung der Truppen gehe ihm gar nichts an. Die große Mehrheit des Reichstags aber nimmt diese Schritte mit Ergebenheit hin. Und der Redner des Zentrums, Erzberger, wie auch der Redner der Nationalliberalen, Passermann, haben gestern die Heeresverwaltung mit Anerkennung und Dankesbezeugungen förmlich überschüttet. Erzberger brachte es sogar fertig, die Regierung dafür zu entschuldigen und zu verteidigen, daß sie alle Resolutionen, die der Reichstag im vorigen Jahre beschloß und die eine Reihe dringender notwendiger Reformen im Heere erzielten, abgelehnt, in den Papierkorb geworfen hat. Besser hätte dieser freiwillige Regierungsminister den Beweis dafür, daß es dem Zentrum mit den Reformen gar nicht ernst ist, nicht erbringen können, als er es getan.

Vor einer solchen „Volksvertretung“ konnte es selbst dem Kriegsminister v. Falkenhahn nicht klapper fallen, Lohbeeren zu ernten. Seine Darlegungen über die Durchführung der großen Wehrvorlage vom vorigen Jahre brachten ihm nicht nur öfteren und starren Beifall, sondern auch die höchste Anerkennung der Redner des Zentrums und der Nationalliberalen ein. Und das alles, weil die Ausbringung des Mannschaffserlasses ohne Schwierigkeiten gelungen, bei der bereiteten Mannschaft ein Ueberfluß von Unteroffizieren vorhanden sei, und bereits am 6. Oktober gemeldet werden konnte, daß die neuen Verbände der Heeresorganisation sämtlich ausrückfähig in kriegsbereitem Zustande vorhanden waren. Ueber vorgenommene Reformen konnte der Kriegsminister nichts mitteilen. Und seiner Versicherung, die Heeresverwaltung sei darauf bedacht, die Lebensbedingungen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften fortgesetzt zu verbessern, wird man im Volke wenig Bedeutung beimessen. Jedenfalls läßt die große Zahl der schändlichsten Soldatenmißhandlungen nicht eine große Fürsorge für die Mannschaften erkennen.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Schulz, ergriff, konnte in seiner zweistündigen Rede an zahlreichen Beispielen auch zeigen, daß mit dem Wechsel im Kriegsministerium ein neuer Geist in die Heeresverwaltung eingeblasen sei, dem jedesweches Verständnis für das Volk und dessen Kulturbedürfnis abgehe. Schon die Art, wie sich dieser Wechsel vollzogen hat, ist bezeichnend für die deutschen Zustände. Herr v. Falkenhahn war bis zu seiner Ernennung zum Kriegsminister ein gänzlich unbekannter Mann, und niemand wußte etwas von seiner Qualifikation zu einem so hohen Posten, mit Ausnahme eines konservativen Blattes, dem es bekannt war, daß der Bruder des jetzigen Kriegsministers einst Erzieher des Kronprinzen gewesen ist. Die Politik im Heere tritt nun, seit der neue Geist herrscht, unverhüllt hervor. Offiziere halten politische Reden vor Offizieren und unterhalten so die international verübte, verdächtige und verächtliche Rüstungsindustrie in ihrem Treiben, immer wieder neue Heeresvermehrungen zu erreichen. Die Pressebeilage des Kriegsministeriums hat sogar Flugblätter an die Zeitungen versandt, die große Beschimpfungen des Reichstags enthielten! Und die Heeresverwaltung nahm sich heraus, im Falle Stöcker die Millionen von Sozialdemokraten des Deutschen Reiches als moralisch minderwertig zu bezeichnen. Stöcker hat das Einjährig-Examen gemacht, ihm wurde das Recht, als Einjähriger zu dienen, aber mit der Begründung entzogen, daß ihm hierzu die moralische Qualifikation fehle — weil er Sozialdemokrat sei! Diese ungeheuerliche Beschimpfung, von der ein Drittel des deutschen Volkes, mindestens 20 Millionen Einwohner, betroffen werden, wies Genosse Schulz mit großer Entrüstung zurück und zeigte der Heeresverwaltung, wie es mit dem deutschen Heere und der Verteidigung im Kriegsfall bestellt sein werde, wenn sie konsequent nun alle sozialdemokratischen Arbeiter vom Heeresdienste ausschließen wolle.

Die bürgerlichen Redner, Erzberger und Passermann, fanden kein Wort des Protestes gegen das Vorgehen der Heeresverwaltung. Vielmehr polemisierten sie im wesentlichen gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, dessen Feststellung, daß mit der Annahme der Heeresvorlage, nachdem also die Heeresverwaltung erreicht hatte, was sie haben wollte, die angeblende Kriegsgefahr ganz plötzlich verschwunden sei, ihnen erklärlicherweise ganz besonders unangenehm war. Herr Passermann hatte sogar die Kühnheit, zu behaupten, die Annahme der Wehrvorlage habe den Weltkrieg abgewendet, um freilich gleich hinterher sich zu widersprechen, indem er die Kriegsgefahr immer noch als vorhanden bezeichnete, so daß also eigentlich wieder eine Wehrvorlage notwendig wäre. Auch die Berechnungen des Genossen Schulz, daß unter den 600 000 Soldaten ein Drittel, also 200 000 Sozialdemokraten seien, brachte die Herren Erzberger und Passermann in Verlegenheit. Erzberger will glauben machen, im Heere gäbe es nur etwa 20 000 Sozialdemokraten. Eine Statistik läßt sich darüber allerdings nicht aufmachen. Aber daß die Zehne der Millionen von Sozialdemokraten, die die Hunderttausende von jungen Arbeitern, die von ihrem Eintritt in das Erwerbsleben an unter Sozialdemokraten arbeiten und leben, denen das sozialdemokratische Denken und Fühlen bei der Arbeit gewissermaßen ganz von selbst beikommt, im Inneren ihres Heeres nicht auch Sozialdemokraten sein sollten, solange sie ihrer Heerespflicht genügen, werden die bürgerlichen Parteien und die Militärverwaltung wohl doch nicht behaupten wollen. Und wenn die „Lebensbedingungen“ der Mannschaften nicht mehr erleichtert werden als es bisher gelang, werden auch in Zukunft, wie bisher, mehr Soldaten die Dienstzeit als Sozialdemokraten verlassen, als Sozialdemokraten in die Uniform gesteckt werden!

Der Volkstrom bedachte gestern den Schluß im Reigen der Redner. Heute wird die Beratung fortgesetzt werden, wobei von den sozialdemokratischen Rednern besonders die Soldatenmißhandlungen einer scharfen Kritik unterworfen werden sollen.

Absolutismus und Rüstungskoller.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 5. Mai.

Die Fraktionsobmänner des Abgeordnetenhauses haben gestern über die Wiederherstellung des Parlamentes beraten. Daß es zu dieser Beratung nur kommen konnte, weil die Sozialdemokratie sie dazu getrieben hatte, offenbart die politische Willenslähmung der bürgerlichen Parteien. Denn schließlich haben gestern auch die Redner der bürgerlichen Fraktionen, ja hat der Präsident selbst das Vorgehen der Regierung und den Mißbrauch des § 14 getadelt, so daß man annehmen sollte, zu einer Tat des Aufstehens und der Rettung hätte der Antrieß in den bürgerlichen Parlamenten selbst entstehen müssen. Freilich gehört die dicke und undurchdringliche Haut, deren sich der Herr Ministerpräsident Graf Stürgkh erfreut, dazu, von den Vertretern der eigenen Mehrheitsparteien so unumwundene Wahrheiten zu hören und dennoch den Platz nicht einem minder Mißliebigen zu überlassen.

Das Ergebnis der Konferenz ist, daß man sich gemäß der von den sozialdemokratischen Vertretern Adler und Seitz gegebenen Anregung gleichzeitig bemühen wird, in Böhmen und im Reichsrat verfassungsmäßige Zustände anzubahnen. Eine Schwierigkeit besteht allerdings. Die tschechischen Parteien wollen die Diskretion im Abgeordnetenhause erst dann ausüben, wenn der böhmische Landtag, der doch zunächst noch zu wählen und zu konstituieren ist, bereits in Tätigkeit steht. Aber so lange hat der Reichsrat zu warten nicht die Zeit. Die Geltungsfrist seiner Geschäftsordnung läuft in wenigen Tagen ab, und mit dem 1. Juli hebt das neue Budgetjahr an, für das eine verfassungsmäßige Vorlage in Form eines Voranschlags noch nicht vorhanden ist. Sollen wir nicht in aller Form in absolutistische Zustände hineingeraten, so muß das Haus in nächster Zeit zusammentreten.

Die bürgerlichen Parteien hätten allen Anlaß, einmal in die leere Komödie der Delegationsberatungen Ernst zu bringen. Denn in geradezu erschreckendem Maße wachsen in den letzten Jahren namentlich seit den beiden Wehrreformen die Militäraufwendungen an. Noch im Jahre 1913 lautete das Budget der gemeinsamen Armee auf 431 Millionen Kronen, für 1914/15 lautet es auf 576 Millionen. Das ist eine Vermehrung um 145 Millionen im Laufe eines einzigen Jahres. Rednet man aber noch die Budgets der beiden Landwehren, die nicht vor den Delegationen, sondern im Reichsrat verhandelt werden, und rechnet man das Marinebudget dazu, so ergeben sich als Gesamtausgaben für Rüstungszwecke im Budgetjahr 1914/15 933 Millionen, während der Gesamtaufwand im Jahre 1913 738 Millionen betrug. Wenden wir aber unseren Blick zurück vor die Zeit der Wehrreform, etwa in das Jahr 1909, so beläuft sich der Gesamtaufwand auf 481 Millionen, war also 149 Millionen geringer als jetzt nach dem Ablauf von bloß fünf Jahren. In diesem selben Jahrfaßt aber sind außerdem noch für Mobilisierungszwecke 530 Millionen ausgeworfen worden. Gewiß, noch lange hat Oesterreich-

Ungarn nicht die Riesensummen erreicht, die Deutschland, Frankreich und England für Heer und Flotte beisteuern. Aber in diesem rasenden Tempo hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre die Steigerung der Rüstungsausgaben doch nur bei uns vollzogen. Sie entspricht freilich der Tatsache, daß noch im Jahre 1911 bloß 238 000 Mann, von Offizieren abgesehen, im Verbands der gemeinsamen Armee standen, jetzt aber 352 000 Mann. Rechnet man die Offiziere und die beiden Landwehren dazu, so sind wir glücklich an die halbe Million des stehenden Heeres herangekommen.

Am kräftigsten aber bietet sich das Bild toller Rüstungssteigerungen in der Flotte dar. Vor vier Jahren belohnte sich Oesterreich-Ungarn damit, seiner geographischen Lage entsprechend, eine große Landmacht zu sein und unterhielt bloß eine Flotte dritten Ranges, die mit einem Jahresaufwand von 67 Millionen allerdings teuer genug bezahlt war. Man sehe das heutige Budget an: es weist als Gesamtausgaben für die Flotte 177 Millionen auf, davon allein 101 Millionen für Schiffsbauten. Dieser ungeheure Sprung, diese vollständige Umwälzung der ganzen Flottenpolitik war gegeben mit dem Bau des ersten Dreadnoughtgeschwaders, das einen Gesamtaufwand von 312 Millionen erforderte, die zunächst in sechs Jahren aufgebracht werden sollten, tatsächlich aber mit Beschleunigung der Raten in vier Jahren aufgebracht worden sind. Im vorliegenden Budget erscheint die letzte Rate in der Höhe von 47 500 000 Kronen, aber sie erscheint da nicht allein, sondern ihr schließt sich gleich die erste Rate des neuen Dreadnoughtgeschwaders an, das allerdings mit seinem Preis von 114 Millionen mehr Aufwand fordert als das erste, nämlich 42 800 000 Kronen. Und diese ungeheure Summe soll in Jahresraten von durchschnittlich 100 Millionen aufgebracht werden. Erwägt man, daß in diesem Bauprogramm weder die Unterseeboote, noch die Hafenbauten, noch die Befestigungsbauten, noch die Trockendocks enthalten sind, so kann man ohne Uebertriebung die bloßen Panfosten der kommenden Jahre mit 150 Millionen annehmen. Vor vier Jahren aber bezifferte sich derselbe „Kosten für Neubauten“ auf 20 Millionen.

Wir arbeiten also jetzt mit dem sechsfachen Maße. Und dazu kommt noch ein. Bis zum Jahre 1910 wurden die Neubauten im ordentlichen Budget erledigt und aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Heute ist alles, was Bauaufwand heißt, aus dem ordentlichen Budget hinausgeschoben und auf den Kreditweg gebracht. Gleichzeitig aber ist das ordentliche Budget um 10 Millionen gesunken, so daß die Betriebskosten sich in Wirklichkeit um 20 Millionen gesteigert haben. Und doch haben wir erst zwei Dreadnoughts auf dem Meere. Kann man zweifeln, daß wir schon in zwei bis drei Jahren mit den Marineausgaben bei einer Viertelmilliarde halten werden? Und diese Viertelmilliarde soll für seine Marine ein Staat aufbringen, der nur zwei erstklassige Seebahnen hat und dessen Seecinteressen hinter denen kleiner Staaten zurückstehen. Es ist reine Politik der Großmachtseitelkeit, die sich in dem Bau der Riesenschiffe austobt.

Ein Attentat auf die sozialdemokratische Dumafraktion.

Im März d. J. hielt Genosse Tschidje, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion, in der russischen Duma eine Rede, in der er u. a. auch die republikanischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zum Ausdruck brachte. Obwohl das nationalliberale (oktobristische) Präsidium der Duma sich schon manche Glasscheibe in der Unterdrückung der Redefreiheit leistete, ließ es Tschidje doch ruhig ausreden, da es offenkundig blödsinnig gewesen wäre, den Parteien des Parlaments das Recht abzuerkennen, ihren politischen Standpunkt zu entwickeln. Da kam auf einmal die Nachricht, die Regierung habe beschlossen, von der Duma die Auslieferung des Genossen Tschidje zu fordern, um ihn wegen Aufforderung zum Umsturz der bestehenden Ordnung den Gerichten zu übergeben.

Dieses Attentat gegen die Redefreiheit der Abgeordneten hat in der gefürchten Dumafraktion zu stürmischen und tapferen Protesten geführt. Es wird darüber gemeldet:

Gestern erschien Herr Coremlin bei der Budgetberatung nach langer Zeit in der Duma. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Budgetkommission über das Staatsbudget 1914. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Hause ein von 30 Abgeordneten unterzeichneter Antrag vorliege, der, jedoch, die Budgetberatung aufzuschieben, solange der Befehlsvorschlag betreffend die Redefreiheit der Abgeordneten nicht Befriedigung erlangt habe. Die Reichsduma lehnte diesen Antrag, den als erste die Sozialdemokraten Tschidje, Kerenzki und Malinowski unterzeichnet hatten, mit 140 gegen 78 Stimmen ab. Als dann nach dem Reichstagspräsidenten Herr Coremlin die Tribüne betrat, bereiteten ihm die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe einen würdigen Empfang. Sie erklärten förmlich: Es ist genaug! Wir werden ihn nicht sprechen lassen! Auch mit den Volksbeden wurde gekämpft. Die Mahnungen des Präsidenten Kobsjanko blieben fruchtlos, der Kärn hielt an. Nurmehr beantragte Präsident Kobsjanko die Anwendung des höchsten Strafmaßes, d. i. den Ausschluß der acht Schuldigen bei

Kann so kommuniziert und hoch auch bei keinem Einbumm die wächst- Randflächen des in ihrer Schattigkeit zu berechnen tot, als

Sich hatte einen Gleichschritt gegeben wie Romina. Ein vor-

Sport und Politik.

Die Gerichte scheinen immer mehr zu der Prozeß überzugehen, alle Verurteilungen, bei denen sich ein Sozialdemokrat irgendwie sehen läßt, für politisch zu erklären. So geht es über einen Prozeß gegen den Mechaniker Blau, der eine Verurteilung des Kartellverbands Groß-Berlin für Sport und Körperpflege geleitet hatte, folgender Bericht zu:

W. Weber, Jungdeutschlands Erziehung und die Arbeitervereine für Sport- und Körperpflege" hatte der Redakteur in einer öffentlichen Versammlung referiert, die vom Kartellverband Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege" in Berlin am 12. Oktober 1913 in den Konfordin-Hallen veranstaltet worden war.

Der Mechaniker Blau als Straßkammer der Versammlung wurde wegen Heberverletzung der §§ 5 und 18, Abs. 2, des Vereinsgesetzes angeklagt, weil es sich um eine Versammlung zur Förderung politischer Angelegenheiten gehandelt habe, er es aber gleichwohl unterlassen hätte, die Versammlung vorher polizeilich anzumelden oder öffentlich bekannt zu machen.

Blau bestritt, daß es eine politische Versammlung gewesen sei, es sei eine Versammlung im Interesse des Sports und der Körperpflege der Arbeiter gewesen.

Er wurde jedoch zu einer Geldstrafe verurteilt und das Landgericht bestätigte das Urteil. Das Landgericht stützte sich auf den Bericht eines Polizeileutnants, der die Versammlung überwacht hatte. Danach habe der Referent an die Hundertjahrfeier der Schlacht bei Leipzig angeknüpft und den am 18. Oktober stattgefundenen Festzug eine große Masterrade, verbunden mit viel patriotischem Schar, genannt und ausgeführt, daß der Kernpunkt der Bewegung von 1818, die Freiheit des Volkes, nicht erreicht worden sei. Selbst die Jugend sei auch heute noch nicht frei von Unterdrückung, die Arbeiterbewegung habe sich durch Schaffung von Jugendvereinen ihrer Jugend angenommen. Dann habe der Referent den Gegensatz zwischen Arbeiterpartei und Jungdeutschlandbündel behandelt. — Unter Bezugnahme auf den Polizeibericht führte dann das Landgericht aus: Politische Angelegenheiten seien solche, welche die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Staats betreffen; darauf beziehe sich auch mittelbare und unmittelbare Parteitätigkeit, die den Endzweck der Veränderungen bestehender öffentlicher Einrichtungen verfolgen. Nun sei der Kartellverband Groß-Berlin von der sozialdemokratischen Partei gegründet, es habe ein Gegenstand gegen die Jungdeutschlandbewegung geschaffen werden sollen, um diese zu bekämpfen. Die Bekämpfung des Jungdeutschlandbundes wäre auch Zweck und Ziel der Versammlung gewesen. Von Sport und Körperpflege sei nur nebenbei die Rede gewesen. Der Referent habe hervorzuheben, daß die Jungdeutschlandbündel gleiche erzieherische Zwecke verfolgten wie die Arbeiterbewegung, welche sich der Jugend angenommen hätte, und daß die Jungdeutschlandbündel die arbeitende Jugend für ihre Tendenzen und Ziele zu gewinnen suchten. Ferner habe der Referent das Eingreifen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Jungdeutschlandbewegung betont. Obwohl selbst nach dem Polizeibericht von der Sozialdemokratie gar nicht die Rede war, kam das Landgericht zu folgendem Spruchhohen Schluss: Die einander entgegenstehenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits sind die Einwirkungsversuche der sich so scharf gegenüber stehenden politischen Parteien auf die Jugendverziehung seien in der Hauptsache in der Versammlung erörtert worden. Das Referat und die Diskussionen seien darauf abgezielt, durch Verbreitung des in der Versammlung der Sozialdemokratie tragenden Gedankens auf die Jugend einzuwirken, der von den bürgerlichen Parteien geleiteten Jungdeutschlandbewegung die Anhänger zu entziehen und der sozialdemokratischen Partei zuzuführen. Somit handelte es sich um eine politische Versammlung.

Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter in der Verhandlung vor dem zweiten Straßsenat des Kammergerichts, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, geriefte die Urteile des Landgerichts und hob u. a. hervor, daß die Jungdeutschlandvereine doch keine staatlichen Einrichtungen oder Organe seien, so daß aus ihrer Bekämpfung doch nicht auf politische Erörterungen zu schließen wäre.

Das Kammergericht verwarf jedoch am 5. Mai die Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht nehme an, daß es sich darum handele, Anhänger für eine politische Partei, nämlich für die Sozialdemokratie, zu werben, und daß die Verhandlungen über den Jungdeutschlandbund und die ihm entgegenstehenden sozialdemokratischen Bestrebungen nur Mittel zu diesem Zwecke gewesen seien. Damit liege der Begriff der politischen Versammlung richtig gewahrt.

Wird die Bekämpfung des Jungdeutschlandbundes für politisch erklärt, so müßte doch eigentlich der Jungdeutschlandbund selbst für politisch erklärt werden, zumal es ja von bürgerlicher Seite oft genug offen zugestanden ist, daß man mit der sogenannten Jugendpflege eine Bekämpfung der Sozialdemokratie erzieht. Aber die Wege unserer Justiz sind halt wunderbar. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist unpolitisch, aber alles was irgendwo Sozialdemokraten tun, ist politisch, mag dabei noch so wenig von Politik die Rede sein.

Aus aller Welt.

Verfallsstatuten im Gerichtssaal.

In Berlin hat wieder einmal eine Gerichtsverhandlung, bei der eine Angeklagte wegen verfallenen Urteils und ein fast wie regelrecht über den Angeklagten und mit minutenlangem Verfallstatuten und allgemeinen Vorwürfen abgehandelt wurde. Von einer Urteilsverteilung kann abgesehen werden, obwohl die milde Beurteilung derartiger Fälle nicht gerade zur Vermeidung der Verfallstatuten beiträgt. Es ist bekannt, daß die Angeklagte vor der Tat im Gespräch mit Bekannten auf das milde Urteil im Falle der Kontoristin Müller ausdrücklich hingewiesen hat. Die Bekannten in den Wind geschlagen hat. Schürfte Kritik verdient das Verhalten des Publikums in derartigen Prozessen. Verfalls- und Urteilsverteilungen sind an der Tagesordnung. Das Tribunal wird zur Szene. Man glaube nicht, daß derartige Verhandlungen für das Urteil immer völlig bedeutungslos seien. Ohne etwa gegen die gemäß mäßige Einwirkung der Geschworenen gerichte irgendwie plädierten zu wollen, muß man doch zugeben, daß die Geschworenen in ihrer Urteilsfähigkeit nicht so selbständig sind, daß ihnen solche Verhandlungen völlig gleichgültig wären. So gut ein geschätzter Vertreter oder Staatsanwalt es zuwirlen in der Hand hat, die Geschworenen „heranzureiben“, so gut kann auch der Verfall oder der Unteil des Publikums einseitige Wirkungen ausüben. Die Auswahl der Geschworenen erfolgt bekanntlich nicht mit Rücksicht auf ihre intellektuelle Befähigung zum Urteile des Verfallstatuten. Die soziale Stellung des Einzelnen spielt dabei heutzutage eine größere Rolle, als im Interesse einer streng sachlichen Beurteilung erwünscht sein kann. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn äußere Einflüsse — natürlich ohne daß dies dem einzelnen Geschworenen gerade zum Bewußtsein kommt — das Ergebnis der Verhandlung beeinflussen. Dabei ist es nicht nötig, daß die Verhandlungen gerade in dem betreffenden Prozeß erfolgen, daß die Verhandlungen im Prozeß gegen die G. Weisfeld und die Verhinderung der Kontoristin Müller kann auch auf spätere Gerichtsverhandlungen noch nachwirken. Wer sich einmal das Publikum, das in solchen Verfallsprozessen die „Effektivität“ darstellt, genauer angesehen hat, wird die spontanen Reaktionen beständig richtig zu werten wissen. Es handelt sich vorwiegend um menschliche „Interessen“, die fast ausnahmslos in einseitiger Weise für die Angeklagte Partei nehmen. Die Ordnung der Justiz auf schärfste Weise.

rungen, um so größer auch der Zulauf. In Berlin gehören die Besucher solcher Verhandlungen vorwiegend den qualifizierten Schichten an. Um die Einflüsse zu vermeiden, ist ein Verbot und Kampf wie bei einer Caruso-Vorstellung. Im Justizsaal herrscht Breitenstimmung. Auch die abgelehnten werden kommen auf ihre Kosten. Kein Roman, kein Theater und kein Kino der Welt kann solche Spannungen und Verdrängungen erzeugen wie eine Gerichtsverhandlung, in der sich ein auf schmale Bahnen geratener Mensch mit Händen und Füßen gegen das Welt des Geistes oder gegen das Justizhaus wehrt. Es ist wahrhaft ein Kampf auf Leben und Tod. Die diversen „Entscheidungen“ aus dem Verleihen der Angeklagten werden von dem dankbaren Auditorium wie Vesperbissen verschlungen. Der ganze Justizsaal wird für ein paar Stunden abgestreift. Heberregte persische Sinnlichkeit kommt auf ihre Kosten. Es ist leider nicht zu leugnen, daß es auch Nachteile gibt, die dieser eigenartigen Anteilnahme Rechnung tragen, indem sie ihre Kräfte, Anträge und Plädoyers mehr der Stimmung des Publikums als der eigentlichen Prozeßlage anpassen. Es ist bekannt, daß sich manche Herren um die Verleihenrolle in solchen Prozessen geradezu reizen. Geschäft ist Geschäft! Eine erfolgreiche Kesseltanz ist so auch kaum denkbar. Für unsere Rechtspflege sind aber diese Zustände durchaus nicht von Vorteil. Gerade bei geschäftsmäßiger Verleihenrolle des geschäftlichen Verfahrens rührt, wird die Rundschau nicht von den Vorteilen des öffentlichen Verfahrens ausgeht.

Grausame Justiz.

Am Sonnabend wurde vom Schwurgericht in Nürnberg (Bayern) die 26 Jahre alte Marie Wegner aus Regensburg zum Tode verurteilt. Sie hatte ihren 4 1/2 Jahre alten unehelichen Knaben durch furchtbare Mißhandlungen und Hungertreiben langsam dem Tode nahe gebracht, der denn auch eintrat, als sie das Kind mit Abtuch vom Sofa herunterwürfen ließ. Verwirrt, es gibt für ein solches Verbrechen an einem unehelichen, wehrlosen Kinde kein Wort der Entschuldigung, um so mehr, als die Verhandlung keinen Anhalt dafür ergab, daß die Not die Triebfeder zu dem Verbrechen war. Wir wollen uns über die Verurteilung zum Tode hier auch nicht weiter äußern, da die Stellung der Sozialdemokratie zur Todesstrafe bekannt ist. Was im vorliegenden Falle besonderen Anlaß zur Kritik gibt, ist die Tatsache, daß das Todesurteil über eine 26-jährige Waise gesprochen wurde, die 7 1/2 Stunden nach dem Urteil Mutter wurde, indem sie abermals einem Knaben das Leben schenkte. Es kann wirklich nicht anders als grausame Justiz bezeichnet werden, wenn man gegen ein Weib in einem solchen Zustand zwei Tage lang verhandelt. Das bedeutet doch nämlich auch eine Gefährdung des Lebens des jungen Menschen im Mutterleibe.

Das Ende des Mäuberhauptmanns Scheffer.

Breslau, 5. Mai. Nach Meldungen aus Madag hat den bekräftigten Mäuberhauptmann Daniel Scheffer, über dessen verbrecherisches Treiben in Ruffisch-Polen wiederholt berichtet wurde, endlich sein Schicksal erreicht. Als ein Boot mit Folgenden den Tilschsee flucht, entdeckten die Gendarmen in einem anderen Boot den langgeheulenen Mäuberhauptmann. Dieser ergriff sofort ein Feuer auf die Gendarmen; es kam zu einem regelrechten Gefecht, bei dem Scheffer von einer Kugel getroffen und getötet wurde. Man fand ihn als Leiche in dem Boot liegen. Scheffer war der Sohn eines deutschen Aufsehers; nachdem er eine dreijährige Zuchthausstrafe wegen verschiedener Straftaten verbüßt hatte, organisierte er eine Mäuberbande, die in ganz Ruffisch-Polen ihr Unwesen trieb und allein innerhalb der letzten Wochen acht Personen ermordet, viele schwer verwundet und mehr als 10 ausgeraubt hat.

Waldbrand.

Odenburg, den 5. Mai. Bei Reichen brach ein großer Waldbrand aus, der auch auf das Gehölzland übergriff. Der Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt.

Ein wohnungstüchtiger Scherz.

Minden, 5. Mai. Zwei Arbeiter hatten bei einem Maschinenbauwerk eine Scherzgruppe dargestellt. Der eine, der als Karikatur, war von Kopf bis zu den Füßen mit Stroh umwickelt. In ungezügelter Stunde verfiel der Karikaturist im Klau auf die Idee, das Stroh, in dem sein Feind steckte, anzuzünden. Dieser erlitt so schwere Brandwunden, daß er bald nachher unter großen Schmerzen starb. Der Anführer des rohen Scherzes wurde jetzt zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Eisenbahnunfälle.

Wien, 6. Mai. Nach einer Mitternacht aus Wien hat gestern Abend auf der Station Solothurn ein Eisenbahnunfall stattgefunden, bei dem 30 Personen schwer und zahlreiche andere leicht verletzt wurden.

Engenburg, 6. Mai. Bei Uffingen fuhr der Schnellzug

Engenburg-Lütlich auf einen Personenzug auf. Sechs Wagen des Personenzuges wurden ineinandergefahren und zerstört. Viele Reisende des Schnellzuges trugen erhebliche Verletzungen davon.

Von französischen Richtern zu Tode mißhandelt.

Paris, 6. Mai. Vor drei Tagen wurde ein 21-jähriger Mann namens Coutelet wegen eines kleinen Vergehens verhaftet und zur Verurteilung seines Weisheitsstandes in die Trennung eines Untersuchungsgefängnisses gebracht. Hier erlitt er plötzlich einen Schlaganfall. Fürzte sich auf einen der Richter und blieb in 15 Minuten tot. Darauf wußte sich der Richter mit einer Anzahl seiner Kollegen auf den Hof zu begeben: sie mißhandelten ihn so schwer, daß er gestern an den Folgen der erlittenen Verletzungen starb. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Dynamitdepot in die Luft geflogen.

Neuhort, 5. Mai. Eine schwere Dynamitexplosion wird nach hier eingetroffenen Telegrammen aus dem Staat Panama gemeldet. Ein der Regierung der Republik Panama gehörendes Dynamitdepot flog in die Luft. Bei der Explosion wurden acht Menschen getötet und neunzehn, zum Teil schwer, verletzt. Auch der Materialschaden ist beträchtlich. Dagegen haben die Arbeiter am Kanal keinerlei Schaden erlitten.

Vertriebene Schiffbrüchige.

Neuhort, 5. Mai. Der Dampfer Franconia mißte durch Funkspruch über Sable Island: Dreizehn Heberlebende des britischen Dampfers Columbian, der auf dem Wege von Antwerpen nach Neuhort am Sonntag Abend in Brand geraten war, wurden heute vom Eisendampfer Franconia aufgenommen. Im Boot befand sich auch die Leiche des Obersteuermanns. Ein anderes Boot mit dem ersten und zweiten Offizier und 17 Mann trieb noch umher. Die Franconia wird danach weiter zugehen.

Letzte lokale Nachrichten.

Ein sonderbarer „Studentenauß“. Auf den Eisenbahnstrecken in der näheren Umgebung Dresdens wurden in letzter Zeit mehrere Artikel 2. Klasse in gemauertem Mauerwerk. Die Mauer wurden gemauert, die Innereinfassung der Wagen in Stücke gerissen, die Wände zerlegt, Fensterbänke, Lampenrohre, Plakate und Emaille-Schilder, kurz das gesamte Inventar zerlegt und zerstört. Die umliegenden Erdarbeiten der Reimnahlstraße Dresdens ergaben, daß die Täter zwei ausländische Studenten waren. Beide wurden verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugewiesen.

Prognose der sächsischen Landeswetterkarte

für den 7. Mai 1914:
Böige westliche Winde, wechselnde Bewölkung, Rückgang der Temperatur, zeitweise Regen.

Wetterlage: Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht geändert. Das nördliche Tief, das weit nach Osten vorgedrungen ist, bedingt böige Winde, die überall Regen gebracht haben. Die Luftdruckverteilung wird sich auch künftig nicht soweit verändern, daß eine wesentliche Änderung des Wetters bald erwartet werden kann. Vorübergehende, meist örtliche Aufbesserung wird, wie bisher, auch weiterhin eintreten.

Wasserstände der Elbe: Pudweis — 16, Garbus — 28, Brandeis + 35, Welsch + 44, Leitmeritz — 8, Saffig + 28, Dresden — 117.

Letzte Telegramme.

Die Befolgungsnovelle gescheitert.

Berlin, 6. Mai. (Privattelegramm.) Die Budgetkommission des Reichstages erledigte heute in zweiter Lesung die Befolgungsnovelle. Namens der verbündeten Regierungen erklärte Staatssekretär Rühl, daß zwischen den Beschlüssen der ersten Lesung und der Stellung der Regierungen unüberwindliche Differenzen bestehen, die es ihnen unmöglich machen, besonders im Hinblick auf die Konsequenzen, den Beschlüssen beizutreten. Danach erklärte Genosse Ober, die Sozialdemokraten seien bereit, sich auf den Boden der Beschlüsse der ersten Lesung zu stellen. Die Erklärung der Regierungen sei um so überraschender, als die Regierung in den vorausgehenden Besprechungen einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt nie zum Ausdruck gebracht, sondern immer die Möglichkeit offen gelassen habe, daß eine Verständigung zu erzielen sein werde. Die Verantwortung für die in Beamtenkreisen entstehende Verwirrung und Mißstimmung falle auf die Regierung. Für die übrigen Parteien gaben die Abgeordneten Kaisermann, Dietel und Raden ähnliche Erklärungen ab. Danach wurde die Befolgungsnovelle nach den Beschlüssen der ersten Lesung einstimmig angenommen; sie gilt aber nach den Erklärungen der Regierung dennoch als gescheitert.

Kompromißbeschlüsse.

Berlin, 6. Mai. (Privattelegramm.) Für die zweite Lesung des Gesetzes gegen den Verstoß militärischer Geheimnisse in der Reichstagskommission sind Kompromißbeschlüsse zwischen sämtlichen bürgerlichen Parteien zustande gekommen, auch die Regierung hat diese Beschlüsse gebilligt. Die Beschlüsse bedeuten in verschiedener Hinsicht eine Verschärfung der meisten Beschlüsse erster Lesung. Das Zentrum, das in der ersten Lesung mehrfach mit der Sozialdemokratie gestimmt hatte, erlitt einen Unfall und gab verschiedene Bestimmungen preis, die Gröber in der ersten Lesung als nötig zum Schutze harmloser Personen gegen die zu weitgehende Auslegung durch das Reichsgericht bezeichnet hatte. Die Verschärfungsanträge, die in der letzten Kommissionssitzung von den sozialdemokratischen Rednern bekämpft wurden, wurden mit den Stimmen aller anderen Parteien angenommen. Die für die Presse gefährliche Bestimmung, die in der ursprünglichen Regierungsvorlage enthalten war und von den Schriftstellerverbänden bekämpft wurde, bleibt beibehalten. Die Fertigstellung des Gesetzes, auf die die Regierung großen Wert legt, ist noch vor Auseinandergehen des Reichstages gesichert.

Waldbrand.

Durazzo, 6. Mai. (Privattelegramm.) Der Regierung sind Drahtmeldungen zugegangen, wonach in Epirus 200 mohammedanische Albaner, die bei den Epiroten nicht geschätzt waren, gefangen genommen und in ein benachbartes Dorf gebracht worden sind. Dort seien sie in die orthodoxe Kirche gebracht und sämtlich getötet worden. Die Kirche sei dann in Brand gesteckt worden und albanische Gendarmen, die zwei Tage später das Dorf besetzten, hätten die verbliebenen Leichname vorgefunden.

Bauerbeiterstreik in Lyon.

Lyon, 6. Mai. Die beim Bau der internationalen Städteausstellung in Lyon beschäftigten Arbeiter sind in den Ausstand getreten, weil bei einem Zusammenstoß zwischen Polizeikräften und Arbeitern mehrere von ihnen verwundet worden waren.

Kämpfe in Marokko.

Madrid, 6. Mai. Wie aus Tetuan gemeldet wird, stehen aufständische Marokkaner mit einer beim Bau eines Hochhauses beschäftigten Truppenabteilung zusammen. Auf spanischer Seite seien zwei eingedorene Soldaten. Die Marokkaner erlitten große Verluste.

Der Krieg gegen Huerta.

Chihuahua, 6. Mai. General Oregon, der Kommandeur des südwestlichen Flügel der Rebellen, General Gonzalez, Kommandeur des nordöstlichen Flügel, General Ralora, Kommandeur des Zentrums, General Caballero, Kommandeur der Landungstruppen von Tampico u. a., haben es abgesehen, sich mit den Regierungstruppen zur Abwehr der amerikanischen Invasion zu vereinigen.

Washington, 6. Mai. Staatssekretär Bryan gibt bekannt, daß die amerikanischen Vermittler am 18. Mai in Aguascalientes in Mexiko zusammengetreten werden. Die Vertreter der mexikanischen Rebellen erklärten, daß die Artillerie der Rebellen vor Tampico angekommen sei und daß man mit einem Angriff auf Tampico bis zu deren Ankunft gemartet habe.

Huertas Gelder.

Paris, 6. Mai. Nach einer Mitternacht aus Veracruz verfuhr ein gewisser Jennings, angeblich Vertreter amerikanischer Häuser, die an einem mexikanischen Bergwerke beteiligt seien, den amerikanischen General Junton um die Erlaubnis, sich mit einer dieser Firmen geborenen Summe von 7 Millionen Dollar einzuschiffen. Man glaubt, daß diese Gelder in Wirklichkeit dem Präsidenten Huerta gehören.

Das Eisenbahnunfall in Solothurn.

Wien, 6. Mai. Antlich wird zu dem Eisenbahnunfall in Solothurn gemeldet: Gestern nachmittags ein in die Station Solothurn einfahrender Güterzug einen auf einem Nachbargleise mit der Lokomotive bis über die Verengung stehenden Güterzug von der Seite, so daß die zwei ersten Wagen dieses Zuges gegen das erste Gleis geworfen wurden. In demselben Augenblicke fuhr auf diesem Gleise ein aus der Gegendrichtung von Brerau kommender Personenzug ein und stieß auf die umgestürzten Wagen. Die Lokomotive, der Triebwagen und die zwei nachfolgenden Personenzüge entgleisten und wurden zerstört. Hierbei wurden zwei Reisende schwer und 14 Fahrgäste leicht verletzt.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

Sächliche Angelegenheiten.

Ein Vorstoß gegen das Gemeindegewahlrecht.

Im Proberlande der Reaktion, wie man Sachsen zu bezeichnen pflegt, ist das Volk wahrlich nicht mit Rechten gesegnet. Nachdem es ein Jahrzehntlang völlig entrechtet gewesen ist, hat man ihm ein Vierklassenwahlrecht aufzuerzählen. In verschiedene wichtige Körperschaften, wie Bezirks- und Kreisversammlungen, kam die breite Masse des Volkes überhaupt keine Vertreter entsenden. Die wenigen Rechte aber, die wir besitzen, verflüchtigt man uns durch polizeiliche Eingriffe nach Möglichkeit. In den ärgsten reaktionären Nadeln, womit man sich am schädlichen Volke dauernd und schwer veründigt, gehört das Privilegium der Besitzenden in den Gemeinden. Vorwiegend die Wahlvorschriften sichern Grundeigentümern und Hausagrarern die erdrückende Mehrheit in den Gemeinderäten. Auch in solchen Gemeinden, wo die Mietbewohner die erdrückende Mehrheit der Gemeindeglieder bilden, ist in der Regel den Hausagrarern die Zweidrittelmehrheit, in den meisten Fällen sogar die Dreiviertelmehrheit, gesichert.

Den Unanständigen ist das Wahlrecht auch sonst noch vielfach verflüchtigt. Man hat sie in Klassen nach der Größe des Gehalts oder des Einkommens eingeteilt und wenigen Zeiten mit großem Geldbeutel viele Vertreter, der zahlreichen Arbeiterklasse aber nur wenige gegeben. Alles ist darauf zugeschnitten, die breite Masse des wertvollen Volkes zu entzweien. Gerade der Teil der Einwohner, der an einer gedeihlichen Entwicklung der kommunalen Einrichtungen das größte Interesse hat, der am ärgsten darunter leidet, wenn die Schulen vernachlässigt werden, die soziale Bittsamkeit stockt, wird jedes Einflusses beraubt. Die Herrschaft ist Elementen geübt, die sich nur von Sonderinteressen leiten lassen und alles vom Standpunkte ihres Vorteils aus betrachten. So ist eine jeder besseren Einsicht beraubte Hausagrarherrschaft in den Gemeinden entstanden, die ungemein schädlich wirkt und jede gedeihliche Entwicklung hemmt.

Die eigentliche und tiefere Ursache dieses Übels ist die Entziehung der breiten Masse der Einwohner. Aber nicht nur mit der seit jeder bestehenden Entziehung, mit einem zum Unrecht gewordenen Wahlrecht haben wir es zu tun. Das Schlimmste ist, daß dieser Zustand durch Wahlrechtsveränderungen in den letzten Jahren noch wesentlich verschlimmert worden ist und alle Aussicht besteht, daß die kommunalen Wahlrechtsräuber auch in Zukunft am Werke bleiben und eine Gemeinde nach der andern mit Massenwahlrechten beglücken, dadurch den Einfluß der minderbemittelten Einwohner noch mehr verkleinern und die Herrschaft des Besitzes um damit die schädliche Interessentypik noch stärker befestigen. Während es in anderen Staaten wenigstens etwas vorwärts geht, während man dort die veralteten kommunalen Wahlsysteme reformiert und so den Gemeindegliedern etwas mehr Rechte als früher gibt, geht es in Sachsen immer mehr rückwärts. Man hat hier mit der letzten Reform der Landgemeindefassung den Weg zur Einführung der Klassenwahlrecht freigegeben, und nun erleben wir, daß man in einer Gemeinde nach der andern das Wahlrecht noch mehr verflüchtigt.

Dagegen unternahmen unsere Genossen mit ihrem Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Landtagswahlrechts im Landtage einen Vorstoß. Es hat lange gedauert, ehe er zur Beratung kam. Erst nach einer energiegelassenen Verhandlung von sozialdemokratischer Seite setzte ihn der Präsident auf die Tagesordnung, zugleich mit einer Anzahl Petitionen, die Fragen des kommunalen Wahlrechts betreffen. In gedrängter Darlegung kennzeichnete Genosse Wilde mit kräftigen Worten die jetzige Entziehung der Einwohner in den Gemeinden, die Vernachlässigung der Hausbesitzer und zugleich die unerschütterlichen Zustände, die unter dieser Entziehung und dem Hausagrarernegativ eingetreten sind. Im vollen Umfange machte unter Genosse die durch das sozialdemokratische Programm festgelegten Forderungen geltend. Das allgemeine Wahlrecht soll nach dem sozialdemokratischen Antrage allen Einwohnern vom 20. Lebensjahre an und auch den Frauen zugesprochen werden.

Doch es kam gewiß nicht auf jede Einzelheit unserer Forderungen an. Die Hauptfrage war, Protest zu erheben gegen die Vorherrschaft der Hausagrarier, gegen die Entziehung der Minderbemittelten und die fortwährenden Wahlrechtsveränderungen. Im Namen der entrechteten Gemeindeglieder unternahm die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Vorstoß gegen die kommunale Reaktion und ihr schädliches Treiben. Gewiß hat niemand von uns geglaubt, daß unser Antrag glatte Annahme finden werde. Wohl aber hätte man bei den liberalen Vertretern so viel Verständnis erwarten dürfen, daß sie wenigstens Bereitwilligkeit gezeigt hätten, der jetzigen schädlichen Tendenz in den Gemeinden Einhalt zu gebieten. Aber nichts von alledem. Der reaktionäre Minister des Innern hatte im Gegenteil die Verneinung, daß er mit seiner beinahe provokierenden Abweisung: die Regierung lehnt es ab, dem Antrage in irgendeiner Form näher zu treten, die gesamte bürgerliche Koalition, einschließlich der Fortschrittler, hinter sich hatte.

Es war das alte Hausagrarierlied, das von den bürgerlichen Vertretern angestimmt wurde: die Hausbesitzer haben Sonderlasten zu tragen, sie sind an den Ort gebunden und haben daher das größte Interesse an seiner Entwicklung. Das alles ist zehnfach widerlegt; längst ist nachgewiesen, daß der Hausbesitzer heute kaum schäferer wie der Mietbewohner ist und das Interesse der Hausbesitzer an der Entwicklung nur eine einseitige Interessentypik zum Nachteil des Allgemeinwohls ist. Wir wundern uns nicht, wenn man in Hausbesitzervereinen

trodem das alte Hausagrarierlied immer wieder anstimmt. Man sollte es aber nicht für möglich halten, daß auch national-liberale Vertreter in dieses falsche Lied der Hausagrarier mit einstimmen, wie es gestern im Landtage geschehen ist. Mit völlig unberechtigten Lobhudeleien wurde die jetzige Gemeindegewahlrecht auch von liberaler Seite überschüttet. Konnte man da von den Konjunkturleuten etwas erwarten, die von jeder die Stützen der kommunalen Hausbesitzerherrschaft waren?

Es bewahrheitet sich wieder einmal, daß die lokalen Nachhahler die rückständigsten sind, daß daher die Reaktion nirgends so fest sitzt wie in den Gemeinden. Es übertraf sich und daher nicht, daß unser Antrag abgelehnt wurde. Aber die Tatsache, daß sich alle bürgerlichen Vertreter gegen ihn erhoben, hat doch die Situation geklärt. Jetzt hat das entrechtete sächsische Volk wieder einmal gesehen, wo allein die Verteidiger seiner Rechte sitzen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die das Wohl und Recht der Entrechteten auch gegen die kommunale Reaktion und die lokalen Nachhahler wahr.

Erbauliches aus dem sächsischen Schulwesen.

Unter dieser Ueberschrift berichtete kürzlich das Berliner Tageblatt, in Blauen sei anlässlich eines Vortrags des Lehrers Artz aus Dresden über das Thema „Mund und Staatsschutz“ im dortigen Lehrerverein der Vorsitzende des Vereins zu dem Bezirkschulinspektor Dr. Spitzer bestellt worden. Der habe ihm das konfessionelle Schulgesetz vorgelesen und ihm bedeutet, daß er jeden Lehrer, der in der Versammlung etwas gegen das Schulgesetz, zur Ordnung zu rufen habe. Das Verfahren wurde als ein Eingriff in das freie Vereinsleben bezeichnet und dementsprechend kritisiert.

Diese Angelegenheit, die wir feinerzeit auch behandelt haben, hat aber, wie die Leipziger Lehrerzeitung mitteilt, noch ein bemerkenswertes Nachspiel gehabt. Nach der Veröffentlichung des Sachverhalts durch die Presse ist der Vorsitzende des Lehrervereins Planen abertmals zum Bezirkschulinspektor befohlen worden, um auf folgende drei Fragen Antwort zu erteilen:

1. Frage: Sind Sie der Meinung, daß der Lehrer auch außerhalb seiner Schularbeit in seinem öffentlichen Leben sich an das konfessionelle Schulgesetz gebunden zu fühlen hat?
 2. Frage: Erklären Sie darin, wenn ein Bezirkschulinspektor seine Lehrer an diese Pflichten mahnt, einen Eingriff in die Rechte eines Vereinsvorstandes?
 3. Frage: Haben Sie irgendwelche Beziehungen zu dem Artikel in den Zeitungen.
- Zunächst unter anderem die Leipziger Lehrerzeitung: Das sind bei der ganzen Sachlage und bei der Auffassung der Behörde verhängliche Fragen. Die Antworten sollten offenbar nachträglich Material herbeischaffen, um die Berechtigung des Vorgesetzten gegen den Vorsitzenden darzutun, und es ist nur zu begreiflich, wenn im Augenblick und unter dem Druck der Lage, in dem sich der Vorsitzende bei solchen Vorgängen befindet, eine Antwort gegeben wird, die besser unterbleibt denn diese Antworten werden unter Umständen dann weiterhin als Material nicht nur gegen den Verantwortlichen, sondern auch gegen die Lehrerschaft und ihre legitimen Interessen verwendet. Herr Dr. Spitzer ist der Meinung, daß der Lehrer auch in seinem öffentlichen Leben an das konfessionelle Schulgesetz gebunden ist, denn in seiner zweiten Frage spricht er davon als von „Pflichten“ der Lehrer. Mit dem Schulgesetz ist der Lehrer nur die Verpflichtung eingegangen, daß er „das Evangelium und kein anderes“ nach bestem Wissen und Gewissen lehren und lehren will.“ Darüber hinaus hört der Mandatbereich des Bezirkschulinspektors auf, und es bedeutet einen klaren Eingriff in die persönliche Freiheit des Lehrers, ihm die erste Frage zur Verantwortung vorzulegen. Die beachtliche Festlegung auf das Schulgesetz stellt sich ebenso wie der Eingriff in das Vereinsrecht als ein Versuch dar, die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer nicht nur zu beschneiden, sondern praktisch aufzuheben. Das verfassungsmäßig garantierte Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht, seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, diese beiden Grundrechte des modernen konstitutionellen Staates, sind für die Lehrer praktisch wertlos gemacht und der Staatsgeheimnis ist damit auf das empfindlichste verletzt. Die Lehrerschaft kann an solchen Vorgängen nicht achtlos vorübergehen und wird Mittel und Wege finden müssen, um zu erreichen, daß auch für sie der Rechtsstaat nicht ein Begriff ohne Inhalt bleibt.

Vereinfachung der Staatsbahnverwaltung.

In der Finanzdeputation B wurde am Montag in einer vierstündigen Sitzung kommissarisch beraten über den ersten Teil des Antrages Reichstammer um Vereinfachung der Staatsbahnenverwaltung in dem Sinne, daß die jetzigen zwei Zentralstellen, nämlich die dritte Abteilung des Finanzministeriums und die Generaldirektion der Staatsbahnen, in eine Zentralstelle zusammengelegt und die Betriebsdirektionen in Betriebsämter umgewandelt werden. Neben dem zweiten Teil des Antrages, der aus den Eisenbahnbetriebsüberblicken einen Ausgleichsfonds für allgemeine Staatsbedürfnisse geschaffen werden will, war schon vor einigen Tagen beraten worden. Der Finanzminister und Geheimrat Just wandten sich in längeren Vorträgen gegen diese zweite Forderung. Auch in der heutigen kommissarischen Beratung hielt der Finanzminister einen fast zweiwöchigen Vortrag, um den Nachweis zu führen, daß die gewünschte Zentralstelle nur eine Erschwerung gegenüber dem bisherigen Gange der Geschäfte sein würde. Hauptächlich wandte sich der Minister gegen die Forderung eines besonderen Verkehrsministeriums, die zwar in dem Antrage Reichstammer fallen gelassen, jedoch in einer Petition des Verbandes sächsischer Industrieller wieder aufgestellt worden ist. Für den Verkehr sei es ein wesentlicher Vorteil, wenn der Verkehrsminister zugleich Finanzminister sei. Der Antrag Reichstammer, meinte der Minister, laufe letzten Endes auf ein Verkehrsministerium hinaus. Er erwiderte deshalb, die Forderungen auf sich beruhen zu lassen, und blieb auch gegenüber den national-liberalen Vertretern des Antrages bei seinem Standpunkte. Ein Beschluß wurde in der Deputation noch nicht gefaßt.

Ueber den Saatensand

teilt das Statistische Landesamt auf Grund eingegangener Berichte u. a. folgendes mit: Die Bitterung in der abgelaufenen Vegetationsperiode war der Vegetation auf Feld und Wiese weniger zuträglich als die der vorausgegangenen Zeit. Im Anfang des Monats April war es noch sehr kühl, dann trat aber eine Trockenperiode ein, die bis Ende des Monats anhielt. In dieser Zeit war es vor allem der viele Wind, der das Getreide, insbesondere auch den Saaten zur Weiterentwicklung die nötige Feuchtigkeit entzog. Dazu kam noch, daß die Nächte meist kalt waren, und einige Male so, daß die Temperatur bis unter den Gefrierpunkt heruntersank. Für die Wechsellingsarbeiten, die infolge der vorausgegangenen

Nässe noch sehr im Rückstand waren, war die trockene Bitterung äußerst günstig. Die Frühjahrssaat konnte so gefördert werden, daß nur noch geringe Teile zu besäen sind, und auch das Regen der Startoffen ist schon weit vorgeschritten. Für den Aufgang der jungen Saaten manuelle es dagegen an Regen. Der Samen kann nicht gleichmäßig zum Keimen; es finden sich daher noch viele dünne Bestände, doch hofft man, daß nach Eintritt regnerischer Bitterung noch manches Korn nachkeimen wird.

Dem Winterweizen hat die regnerische Zeit weniger geschadet; es finden sich bei ihm zwar hier und da auch mangelhafte Bestände, sie sind aber nicht zahlreich, wie sich aus der Durchschnittsnote ergibt. Die Entwicklung beim Winterweizen ist außerdem noch so weit zurück, daß sich bei günstiger Bitterung noch mancher Schaden ausgleichen wird und der Stand noch blickler werden kann.

Anders ist es beim Winterroggen, der schon vorgeschritten ist. Er stand anfänglich sehr spärlich, ist aber durch die Trockenheit und Kälte in seinem Bestand zurückgegangen. Sein Aussehen ist Miere ein spärliches, und auch die Befodung löst zu wünschen übrig. Doch es gibt auch hier Ausnahmen und Felder, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. — Die Obstbäume blühen überall reichlich, es wird aber befürchtet, daß die letzten Nachfröste viele Blüten vernichtet haben. Der in den letzten Tagen eingetretene warme Regen wird dem Saatensand sehr zuträglich kommen.

Berzdorf bei Hohenstein-Ernstthal. Einer größeren Vertragsangelegenheit ist man auf dem Steinbohlenwerk Bittero-Werk auf die Spur gekommen. Zwei Angestellte, die der Kohlenverkauf zu bejahren hatten, haben sich von einigen Kohlenhändlern bestechen lassen und diesen weit mehr Kohlen verabreicht, als verrechnet wurden. Einige der Kohlenhändler haben immer nur 16—18 Scheffel bezahllen brauchen, erhielten aber 30 Scheffel und darüber. Das Werk ist um viele tausend Mark geschädigt, da die Betrügereien seit vielen Jahren verübt wurden. Das Schicksal an der ganzen Sache aber ist, daß die beiden betrügerischen Angestellten Harde Patrioten waren und beim letzten Bergarbeiterstreik eine unruhlmilde Rolle gegen die ausländigen Bergarbeiter spielten.

Pirna. Als in vergangener Woche in Lauterbach ein Gut brannte, eilten die Einwohner der Nachbarorte zu Hilfe. Auch die Mannschaften der Feuerweh in der Stadtgemeinde Stolpen hatten sich in ihrer Vielzahl am Stellplatz eingefunden, aber kein Pferdebesitzer wollte seine Pferde vor die Spritze spannen. Nach längerem Warten zogen fünf Mann mit der 18 Rentner schweren Spritze ab, die andern blieben zurück. Die Pferdebesitzer weigern sich, trotzdem sie 15 M. erhalten, ihre Pferde zur Verfügung zu stellen, weil es schon vorgekommen ist, daß bei dem schnellen Fahren nach dem Brandplatz ein Pferd getötet ist, ohne daß dem Besitzer Entschädigung gezahlt wurde. Der Stadgemeinderat hatte aber bisher noch keine Zeit, einige Pferde für die Bedienung der Feuerpritze ausreichend zu beschaffen.

Freiberg. Einige Bergwerkskinder fanden am Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht wegen eines Urteiles, der sich am 16. März in Klein-Schirma eingetragen hat und feinerzeit die Ausführung machte. Gelegenheit eines Kopfschmerzes war es in einem Klein-Schirma Langloste zu Zusammenstoßen zwischen deutschen und ausländischen Studenten gekommen. Die Streitigkeiten ariteten schließlich in eine wilde Schlägerei aus. Im Laufe der Untersuchung wurden von den an der Schlägerei beteiligten Bergwerkskinder die beiden Russen Nikolai Gutman und Galatwa, Jean Bartholomae aus Gernab und der russische Amerikaner Basil Wassiljanow aus Bernikowka in Haft genommen. Bartholomae war inzwischen gegen Stellung einer Kaution wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. In der Verhandlung am Freitag wurde das Urteil verkündet. Unter Zustimmung milderer Umstände wurden wegen gemeinschaftlich verübter Körperverletzung Wassiljanow zu 600 M. oder 60 Tagen Gefängnis und Gutman zu 500 M. oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt, letzterer ferner noch wegen Verletzung einerer Diplom-Ingenieurs zu 200 M. oder 20 Tagen Gefängnis. Die Hälfte der Geld- oder Haftstrafen wurde infolge der Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Bahnhof in Schwarzenstein entgleichte Montag nachmittags gegen 3 Uhr zwei Güterwagen beim Rangieren, vermutlich infolge vorzeitiger Weichenumstellung. Ein Wagen fiel hierbei um. Personen wurden nicht verletzt, auch erlitt der Jagobereich keine Störungen. Für die Aufgleitungsarbeiten mußte der keine Hilfszug mit dem Weichenwagen und Werkstattpersonal von Chemnitz herbeigezogen werden. — Das Reichsgericht in Plauen verurteilte wegen verhänglicher Brandstiftung die verheiratete Olga Trommer zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust sowie den Angeklagten Richard Wüdel wegen Beihilfe zur Brandstiftung zu einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Die Witwenkassierten Wüdel und Karl Trommer wurden freigesprochen. Richard Wüdel und Frau Trommer hatten am 28. Juni d. J. ihr Wohnhaus in Graub gesteckt, um die Versicherungssumme zu erhalten. Das Feuer überfiel damals das ganze Wohnhaus und ein benachbartes Waldmännchen ein. — Im Krankenhaus in Weidau starb nach unvollstem Leben eine Ehefrau aus Willau, die sich beim Schneiden von Saatkartoffeln eine unheimliche Verletzung an der Hand zugezogen hatte, die schließlich zu Blutvergiftung durch das Keimgift der Kartoffel führte. — In der Nacht zum Sonntag wurde in der Gegend von Ebersbach durch den starken Frost die ganze Bau und Luft, die sich in diesem Jahre in besonders prächtiger Weise entwickelt hatte, vernichtet. Das Thermometer sank bis 8 Grad unter Null. — Das einzige Töchterchen des Gutsbesizers Schreiber in Burkardsdorf bei Ratzsch fiel beim Spielen ins Wasser und ertrank. — Beim Feuerwachen zog sich in Ewerzdorf bei Ströberg die 17-jährige Tochter des Fabrikarbeiters Richard Schädlich so schwere Verletzungen zu, daß sie diesen nach einigen Tagen erlag.

Stadt-Chronik.

Ein Opfer der Militärjustiz.

Vor einigen Tagen wurde der Soldat Wehnert vom Infanterie-Regiment Nr. 182 wegen Schornfahnenverweigerung und Verletzung sozialdemokratischer Gesinnung vom Dresdner Kriegsgericht zu einem Jahr einer Woche Gefängnis verurteilt. Die „Verletzung“ sozialdemokratischer Gesinnung bestand darin, daß Wehnert erzählte, er sei schon vor seiner Dienstzeit sozialdemokratisch organisiert und Leiter der Volksfilmgewerkschaft; die Chemnitzer Volksstimme misste in jeder Nummer auslegen und die rote Fahne über jeder Kaserne flattern. Schließlich erklärte Wehnert, er werde in Zukunft überhaupt keinen Dienst mehr tun.

Diese Redereien hätten auch das Kriegsgericht auf den Gedanken bringen können, daß Wehnert nicht der des Kriegesrichter, wohl aber vor einem wichtigen Richter gehört. Das Kriegsgericht, das in diesem Falle dem Angeklagten ohne weiteres glaubte, was er sagte, kam aber nicht auf den Gedanken — es verurteilte Wehnert zu jener harten Strafe. In Chemnitz haben aber andere getan, was das Gericht hätte tun oder betrauen müssen, die Chemnitzer

Genossen haben die Angaben Wehnerts nachgeprüft und dabei hat sich herausgestellt, daß die Angaben des Soldaten über seine Beziehungen zur Sozialdemokratie falsch sind. Wehnert ist niemals Abonnent der Volksstimme gewesen und hat sich auch im Gegenlag zu anderen Familienmitgliedern niemals im mindesten um die Partei gekümmert. Wäre er ein aufgeregter Parteigenosse, so würde er sicherlich beim Militär ganz anders aufgetreten sein. Wehnert ist schon vor seiner Dienstzeit auf allerlei Abwege geraten, und sein damaliges Benehmen bestärkt uns in der Auffassung, daß wir hier einen typischen Fall des Psychopathen im Deere vor uns haben.

Das Kriegsgericht hat sich derartige Gedanken nicht gemacht. Es hat die verrückten Erklärungen Wehnerts für bare Münze genommen. Schon der Anklagevertreter hat, exemplarisch zu strafen, und beantragte 5 Monate 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht ging aber weit darüber hinaus und erkannte auf die ungewohnte Strafe von 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis.

Aber auch trotz dieses neuen Falles wird, wie die Dinge in Deutschland liegen, die Forderung, daß zu derartigen Kriegsgerichtsverhandlungen vor allem ein Psychiater zuzuziehen ist, noch lange ungehört verhallen.

Obdachlos.

Während draußen das unerhöflichste Grün und Blüten im Frühlingssonnenlicht den trostlosen Glauben weckt, als sei auch die größte Winternot der Armen überwunden, duftet das soziale Elend trotz der Frühlingsluft in den Kellern und Läden unserer sozialen Ordnung fort. Und nur wenige finden hier die Hilfe. Im April fanden im Dresdner Obdachlosenheim 51 Familien mit 345 Köpfen Unterschlupf — gezählt wurden aber Ende April in Dresden 158 obdachlose Familien mit 968 Köpfen. Ende April 1912 lagen 120 Familien mit 698 Köpfen obdachlos auf der Straße, jetzt sind es also 38 Familien mit 270 Köpfen mehr. Und über 100 Familien mühen sich das farge Obdach im nächsten Heim zu erlangen. Wo sie unterkommen? Wo sie Nacht für Nacht herbergen? Wer weiß das!

Während allabendlich der Reichstag seine Feste feiert, wandern von Familien umher und haben kein Dach über dem Kopf, kein Lager, auf das sie ihren Hunger betten können. Das ist die gottgewollte Ordnung des 20. Jahrhunderts!

Das Geständnis des Soldaten Lüder.

Zu dem Geständnis des Soldaten Lüder im Dresdner Gefängnis wird noch berichtet: Der Soldat war jetzt in Garmisch wohnhaft, wo er auch gebürtig ist. Er ist von Beruf Fabrikarbeiter, sein Vater ist verstorben, die Mutter wohnt in Chemnitz. Dem Geständnis selbst wird, obwohl der Soldat dabei beharrt, kein Glauben geschenkt, vielmehr vermutet man, daß Lüder die Angaben erfunden hat, in der Hoffnung, dabei Gelegenheit zur Flucht zu erlangen. Beispielsweise will Lüder die Leiche des Ermordeten im Gravenwald mit einem Messer begraben haben. Das hält man für geradezu unmöglich, da der Gravenwald im August, dem Monat, in dem Lüder den Mord verübt haben will, fast Tag und Nacht leuchtet ist. — Auch die Berliner Kriminalpolizei steht der Selbstbezeichnung recht skeptisch gegenüber. Jemand, der Einzelheiten über das, was Lüder eingestanden hat, sind dort nicht bekannt. Auch sind dort in letzter Zeit Leute, wie sie als ermordet geschilbert sind, nicht verschwunden. Man neigt zu der Annahme, daß Lüder das Ziel verfolgt, bei seiner Ueberführung nach Berlin im geeigneten Moment zu entfliehen. Jedenfalls wird er wahrscheinlich in den nächsten Tagen dorthin gebracht werden, um an den angeblichen Tatort in Gravenwald geführt zu werden.

Sonderzug ins Lausiger- und Erzgebirge.

Der Touristenverein Die Naturfreunde, der in den Jahren 1913 und 1912 in drei Sonderzügen circa 1000 Personen in das böhmische Mittelgebirge führte, hat auch in diesem Jahre eine Sonderzugfahrt veranstaltet. Am nächsten Sonntag soll das an Natur Schönheiten so reiche Lausiger- und Erzgebirge besucht werden. Das Wanderprogramm sieht fünf verschiedene Touren vor, die die Hauptpunkte des ganzen Gebietes umfassen. Begleitende Mitglieder des Vereins haben die Führung der einzelnen Wandergruppen übernommen. Der ermäßigte Fahrpreis 3. Klasse Dresden—Waldsorb beträgt 3,70 M., Dresden—Bittau 4,10 M. für Hin- und Rückfahrt.

Stadtverordneten-Kollegium.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am 7. Mai, abends 7 Uhr, stehen u. a. folgende Punkte: Antrag der Herren Stadtverordneten Dr. med. Goebel und Genossen, den Rat zu erwidern, hinsichtlich bei jeder Veränderung städtischen Grundbesitzes grundsätzlich nur eine solche Rechtsform anzuwenden, die der Stadt einen späteren Wertzuwachs sichert (Nieverkaufrecht oder Erbbaurecht), ein Abgehen von diesem Grundbesitz, d. h. freihändigen Verkauf städtischen Landes aber nur noch in Ausnahmefällen und unter besonderer Begründung für jeden einzelnen Fall zuzulassen. — Haushaltsplan für den städtischen Flugplatz auf die Zeit vom 26. Oktober bis zum 31. Dezember 1913 und auf das Jahr 1914. — Ueberführung von im Jahre 1911 haushaltplanmäßig bewilligten Beträgen auf das Jahr 1914. — Verwendung des Reingewinnes der Sparkasse aus dem Jahre 1913. — Haushaltspläne der hiesigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden für das Jahr 1914 und die Erhaltung der Kirchenanlagen. — Der öffentlichen folat eine geheime Sitzung.

Abgelehnt.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hatte an den Rat eine Anregung wegen Neugestaltung des kaufmännischen Arbeitsnachweises ergehen lassen. Der Rat hatte sich zunächst wegen Beantwortung der Vermittlungsfrage an die maßgebenden Handlungsgehilfen-Verbände sowie an die Handelskammer, die Dresdner Kaufmannschaft und den Verband Sächsischer Industrieller gewendet. Nachdem von diesen Körperschaften das Bedürfnis nach einem derartigen Stellennachweis überwiegend bemeint worden ist, beschloß der Rat, von der Errichtung eines öffentlichen-rechtlichen paritätisch verwalteten Stellennachweises für kaufmännische Angestellte abzusehen.

Der Dreiecksflug, der bekanntlich in der Pfingstwoche ausgefliegen wird, zerfällt nach der Ausschreibung in Ueberlandflüge und örtliche Veranstaltungen. Er beginnt am Sonnabend vor Pfingsten (30. Mai) mit einem Ueberlandfluge von Johannistal über Leipzig nach Dresden. In Leipzig ist eine Zwischenlandung vorgeschrieben. Die Gesamtstrecke beträgt an diesem Tage etwa 300 Kilometer. Am

Pfingstsonntag (31. Mai) findet in Dresden eine örtliche Flugveranstaltung sämtlicher am Dreiecksfluge beteiligten Flieger statt, die durch eine Flugparade eingeleitet wird. Für Montag den 1. Juni ist ein Ueberlandflug Dresden—Johannistal—Leipzig mit Zwischenlandung in Johannistal vorgesehen. Am 2. Juni: Örtliche Flugveranstaltungen in Leipzig. Am 3. Juni: Ueberlandflug Leipzig—Dresden—Johannistal mit Zwischenlandung in Dresden. Am 4. Juni: Örtliche Veranstaltungen in Johannistal. Am 5. Juni: Ueberlandflug Johannistal—Leipzig—Dresden usw. mit Zwischenlandung auf jedem Flugplatz.

Der große Kameliendarm im Schloßpark zu Pillnitz steht in diesem Jahre wieder in voller Blüte. Das den Baum umgebende Schloßhaus soll in etwa acht Tagen beiseite gebracht werden, so daß er sich von Mitte Mai an frei in seiner vollen Pracht den Blicken der Parkbesucher präsentieren wird. Aber auch jetzt ist er an warmen Tagen durch das geöffnete Gitter schon zu sehen. Von Mitte Mai an sollen auch die lockeren Palmen aus dem Gewächshaus in den Park geschafft werden.

Kaufmannsfall. Am Dienstag nachmittag überfiel der am 23. März 1893 in Dresden geborene Arbeiter Fritz Uhlig die Verkäuferin eines Schokoladengeschäfts in der Bautzener Straße, das er tags zuvor ausplündert hatte. Er brach ihr, vermutlich mit einem Steine, mehrere Wunden am Kopfe bei, schüttete über, als die Ueberfallene laut um Hilfe schrie, durch die hintere Türe des Ladens in den Hof; dort wurde er von einem Gendarmen, den Passanten herbeizogen, festgenommen. Auf der Polizei stellte er sich heraus, daß es sich um einen gutzeit geübten Einbrecher handelte.

Ein Autohubschuss trat sich am Montag nachmittag kurz vor 4 Uhr an der Pflanzstraße zu. Bei der Ueberführung rutschten beim Einsteigen in den Ueberwagen die Hinterräder eines Wagons der neuen Kraftomnibuslinie, so daß das Vorderrad so heftig gegen die Aante des Fußsteiges geschleudert wurde, daß ein Menschenleben der Vorderer entriet. Da sich der Wagen rasch zur Seite neigte, wurden verschiedene Fahrgäste von ihren Sitzen geworfen. Eine Dame jag sich eine Oberarmquetschung zu.

Mindermord. Am Dienstag mittag wurde am Prießnitzer Platz ein Paket aus der Uide gezogen. In diesem befand sich ein Päckchen und einer Bündel eingewickelt der Leichnam eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts. Der Fund wurde nach dem Landgerichtsgebäude am Rindwurm Platz gebracht, wo die sofortige Besichtigung ergab, daß der kleine Anke tot und der Tod durch Ersticken oder Ertrinken herbeigeführt worden ist.

Kaufmannsgericht.

Auf Grund von § 63 des Handelsgesetzbuchs fordert der Pachtgeber Reichel vom Pachtbesitzermeister Gumbert Fortzahlung des Gehalts während seiner rewerbunfähigen Erkrankung mit zunächst 30 M. Der Pächter war schon früher einmal bei dem Bestehen in Stellung. Dieses Verhältnis sollte sich infolge Erkrankung des Pächters von selbst, nachdem er für sechs Wochen Gehalt während der Krankheitsdauer bezogen hatte. Damals handelte es sich um eine dreimonatige Arbeitsunfähigkeit infolge nervöser Erschöpfung. Der Pächter trat später wieder ein, es wurde aber tägliche Räumigung vereinbart, die allerdings ungeschicklich war. Diese Räumigung wurde später in eine monatliche umgewandelt, doch bestand in dem schriftlichen Vertrag der Pächter auf Verlangen des Pachtgebers ausdrücklich auf Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen. Am 12. März erkrankte der Pächter an einer Lungenerkrankung. Der Pachtgeber schickte sich auf den schriftlichen Vertrag und lehnte jede Gehaltszahlung während der Krankheitsdauer ab. Das hiesige Kaufmannsgericht hat bisher immer den Standpunkt eingenommen, daß eine vertragliche Aufkündigung des § 63 des Handelsgesetzbuchs unzulässig ist, sobald ein andere Kaufmannsgericht die Aufkündigung nicht, soweit es sich wenigstens um den ersten Teil dieser Gehaltsbestimmung handelt. Auch legt wieder entschied das Gericht, daß der Pächter § 63 im Grunde nicht ist, erlassen zum Schutze des wirtschaftlichen Schwachen. Der Pachtbesitzer sollte sich naturgemäß bei Abschluß eines Pachtvertrages dem Prinzipal gegenüber im Nachteil; ungewissheit aber dann, wenn er mit einer Arbeitsunfähigkeit des § 63 einverstanden ist. Er könnte eben die Erkrankung, es könne demnach teilweise nicht angenommen werden, daß jemand freiwillig auf eine Gehaltszahlung verzichte. Die Pachtbesitzer des wirtschaftlichen Schwachen sei daher in jedem dringlichen Falle eher weichen zu müssen. — Der Pachtgeber erlangte den Anspruch des Pächters an und bezahlte ihn, unter Einbeziehung der fünfzehn Monatsgehälter des Pächters, zur Zahlung einer Abschlagssumme von 180 M.

Der Maschinentechniker Deumer war bis zum 31. Dezember 1913 bei der Firma Preßner Gasmotorenfabrik hiesig. Dieser wurde gegen 150 M. Monatsgehalt in Stellung. Vorher war er ab 1. Juli 1911 in der früheren Maschinenfabrik hiesig u. Wilsch beschäftigt. Bei der an diesem Tage erfolgten Fusion der Firma Wilsch u. Wilsch mit der Gasmotorenfabrik wurde W. mit übernommen. Er erhielt bei seiner früheren Firma regelmäßig alle Jahre seinen Gehalt eine Abschlagszahlung, die ihm auch von der Gasmotorenfabrik weitergezahlt wurde, und zwar bis letztemal in Höhe von 150 M. Am 22. März 1912 richtete aber die Firma an das Personalrat ihrer Abteilung Wilsch u. Wilsch eine Aufforderung, in der esieß: „Um irrtümlichen Aufstellungen und allen Widersprechlichkeiten vorzubeugen, bitten wir hiermit zur Kenntnis, daß die Abschlagszahlungen keineswegs eine bestimmte Entlohnung bedeuten sollen, also nicht zum Gehalt gehörig zu betrachten sind. Wie schon aus dem Worte Gratifikation hervorgeht, liegt darin eine freiwillige gütliche Erkenntlichkeit auf die niemand einen rechtlichen Anspruch hat, sondern die Verteilung der Gratifikationen erfolgt nach eigenem Ermessen.“ Die Anrechnung dieser Aufschrift mußte durch Unterzeichner bestätigt werden; auch W. hat unterschrieben. Die Firma will ihm jetzt keine Gratifikation zahlen und W. fordert eine solche von 100 M. Es wird festgestellt, daß die Angeklagte an ihre sämtlichen Angestellten — soweit sie nach am 8. April 1914 bei dem Geschäftsabschluss bei ihr in Diensten standen — Gratifikationen gezahlt hat. Ingesamt waren für das Geschäftsjahr 1913 25.000 M. verteilt worden, während 1912 32.000 M. zur Verteilung gelangten. Der Pächter macht geltend, daß er die Gratifikation seit 7 Jahren regelmäßig erhalten habe. Er sei dadurch ein Teil seines Dienstverhältnisses geworden, worauf er ein Recht habe. Es komme hinzu, daß ihm der Generaldirektor der Beklagten, Wilsch, als er bei ihm um eine Abschlagszahlung im Sommer 1913 nachsuchte, unter Hinweis auf die Gratifikation eine solche abriet. — Das Gericht entschied, daß der Pächter ein Recht auf die Gratifikation hat, daß durch die Gehaltszahlung entfallen ist. Die Beklagte wurde zur Zahlung verurteilt.

Wegen Fortsetzung des Verhältnisses hatte der kaufmännische Bedienstete gegen die Firma Richard Kamm. Der Pächter steht seit Ostern 1912 bei der Beklagten in der Lehre. Das Verhältnisses sollte bis Ostern 1913 dauern. Am 31. März wurde der Bedienstete an dem Lehrverhältnis entlassen, wobei ihm ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde. Die Beklagte bringt verschiedene Befehle gegen den Pächter vor, die aber schwerlich als ausreichende Entlassungsgründe anzusehen sind. Sie bezeichnet den Pächter selbst als bedingt, hält es aber für unerlässlich, daß er in eine andere Lehre kommt. Der Pächter dagegen macht geltend, er sei zur Entlassung worden, weil an seine Stelle der Sohn des Prinzipal treten sollte. Die Parteien einigten sich dahin, daß das Lehrverhältnis

als erfüllt zu betrachten ist und die Angeklagte an den Pächter eine Entschädigung von 20 M. zahlt.

Gegen die Firma Robenhaus zum Schloß u. m. b. H. Magie der Geschäftsleiter Schente wegen 175 M. Gehaltsrückzahlung. Der Pächter war entlassen worden, weil er die Beklagte angeblich über seine Fähigkeiten getäuscht haben soll. Das Gericht hält die Entlassung für ungeschicklich. Der Pächter gibt sich dergehaltsweise auch hinsichtlich seiner zukünftigen Ansprüche mit einer Abschlagssumme von 225 M. zufrieden. (Vorrichter: Stadtkammern Dr. Hoffner, Vorsitz: Vorsitzender: Kaufmann Schade und Fabrikant Kiemez. Angewandte Richter: Kaufmann Thalheim und Buchhalter Jäytsche.)

Aus der Umgebung.

Ergebnis Revision. In hiesiger Gemeinde ist ein Wehrbeitrag von 33.138 M. von 85 Steuerpflichtigen mit insgesamt 8.766.500 M. beitragspflichtigen Vermögen und 118.250 M. beitragspflichtigen Einkommen zu erheben.

Gauernitz. Schwere Verdacht. Vor dem Schöffengericht zu Kötzschenbroda fand am 2. Dezember vergangenen Jahres ein Prozeß wegen einer Uebertretung der Verkehrsordnung mit Fahrrädern statt. Im Verlaufe der Schöffengerichtsverhandlung wurde von einem Angeklagten dem als Zeugen vernommenen Gendarmen August Berger vorgeworfen, er habe die Verkehrsordnung selbst übertreten, er sei vertriebenlich auch links gefahren. Der Gendarm Berger ließ diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen und entgegnete ganz entschieden, noch nie links gefahren zu sein. In der sich anschließenden Polemik zwischen Zeugen und Angeklagten wurde die so bestimmte Behauptung des Gendarmen Berger, noch nie links gefahren zu sein, mit in die Eidesformel aufgenommen. Die Folge war eine Anzeige wegen Zeugenmeineide gegen den Gendarmen Berger. Dem Löbner Haupt in Graben bei Weissen und dem Arbeiter Wirth in Gauernitz, um die sich die vorerwähnte Verhandlung drehte, gelang es, eine ganze Anzahl Zeugen aufzufinden, die unter Angabe von Zeit und Ort bekundeten, daß die Anzeige des Gendarmen nicht richtig sei. Es fanden am Grund dieser Anzeige sowohl beim Amtsgericht Weissen wie auch beim Amtsgericht Kötzschenbroda unangenehme Zeugenvernehmungen statt, die angeblich nicht nützlich für den Gendarmen ausgefallen sind. Infolge des bisherigen Ergebnisses der Zeugenvernehmungen wurde der betreffende Gendarm bereits vor einigen Wochen vom Dienste suspendiert. Der Gendarm Berger ist seit länger als 13 Jahren in Gauernitz stationiert. Er galt als ein strenger Beamter, der scharf auf Vergehen und Uebertretungen achtete. Da der Gendarm Berger mit der polizeilich und gewerkschaftlich organisierten Wehrerschaft aussergewöhnlich auf dem Kriegsfusse lebte, so glaubte die Wehrerschaft anfangs, die Anzeige beruhe auf einem Nachhaken, was aber nicht der Fall ist. Die Wehrerschaft freizehen dem Ausgange dieser Angelegenheit mit größter Spannung entgegen, da der Gendarm Berger-Gauernitz infolge seiner dortigen langen Stationierung sehr bekannt ist. Der Bezirk des suspendierten Gendarmen wird von den anliegenden Gendarmen-Regimenten Wildruff und Weissen bis auf weiteres mit vermalte.

Plauenischer Grund. Morgen Donnerstag den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Roten Schänke in Plauen eine Performance für die Jugend über 18 Jahre statt. Genosse Kanttagsgeordneter Hermann Fleischer wird in seinem vierten Vortrag über: Der moderne Plauenianer, sprechen. Zahlreicher Besuch dieses Vortrages ist unbedingt Pflicht aller Jugendlichen über 18 Jahre!

Virkitz. Donnerstag abends 8 Uhr öffentliche Gemeindevorstellung im Gasthof Virkitz. Die Tagesordnung lautet: Das neue Einkommensteuergesetz.

Zauscher-Riechermord. Donnerstag den 7. Mai findet in Wilsch Restaurant in Burgkisch Diskussionsabend statt. Beginn Punkt 9 Uhr. Genosse Hahnwald referiert. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. — Im Gasthof Zauscher hält Sanitätsrat Dr. Berndt über die Jugend einen Vortragsabend über: Alkoholismus. Der Vortrag findet am Donnerstag den 7. Mai, abends 8 Uhr, statt. Alle Eltern wollen ihre erwachsenen Kinder in diesen Vortrag schicken.

Völschitz. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeindevorstellung im Gemeindegasthaus statt.

Riechermord. Donnerstag den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet in Johns Restauration öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Wilschdruff. Der Geschäftsbericht der städtischen Sparkasse für 1913 ist veröffentlicht worden. Danach betragen die Einlageguthaben und 13.914.000 Mark auf 16.412 Wilsch. Der zehn Jahren erreichten die Einlageguthaben die Höhe von 9.918.000 Mark auf 15.445 Wilsch. Eingezahlt wurden im letzten Jahre rund 1.694.000 Mark, ausgezahlt 1.983.000 Mark. Die Zinsen auf Einlagen betragen 471.000 Mark; eingezogenen wurden aus den ausgeliehenen Kapitalien 500.000 Mark. 655.000 Mark sind als Reservefonds vorhanden. Zur Deckung der Abschreibungen an Wertpapieren wurden 711 Mark verwendet, abgeschrieben wurden von Wertpapieren infolge Kursdifferenzen 61.900 Mark. Der Durchschnittswert eines Sparkassenguthabens stellt sich auf 847 Mark. Die Wilschdruffer Sparkasse verzinst die Einlagen mit 3 1/2 Prozent. Dieser Zinssatz ist genau derselbe wie im Konsumverein. Wir raten deshalb allen Arbeitern, ihre Sparkassenguthaben in der Sparkasse des Konsumvereins vorzuziehen. Sie hätte im letzten Geschäftsjahre einen Bestand von 3 1/2 Millionen Mark. Die dort angesammelten Gelder werden nur im Interesse der genossenschaftlichen Sparte verwendet.

Kötzschenbroda. Auf der Weisser Staatsstraße ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Der zehnjährige Sohn eines Maschinenmeisters hatte sich an ein Lastautomobil angehängen. Als der Antriebslösch, schlug er mit dem Gesicht auf die Straße auf und blieb bewußtlos liegen. Von Straßenpassanten wurde er nach der Wohnung seiner Eltern gebracht. Das Bewußtsein kehrte bald zurück und der Arzt konnte keine bedenklichen Verletzungen an dem Knaben feststellen. Am Montag nachmittag ist der Anabe aber plötzlich einem Gehirnschlag erlegen.

Victoria-Salon
Siga Desmond in ihren eigenartigen Tänzen; Georg Vico, Lumpenmacher; The great Mariola u. Co., großer Balance-Akt; Miss Long mit ihrem dreierlei Pony und ihren Hunden; Gustav Bertram, die Simplicissimus-Type; Komiker Hartenstein mit Ensemble in „Gottlob geht hummeln“.
Einlass 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Hoffnungsvolle Sprüche.

Der 18jährige Schüler, jetzt Lehrling in einem Expeditions...

Rechtswirksame Gesellschaft

Der schuld, daß der ledige Grundbesitzer August Albert nach...

Ein „Unverbesserlicher“.

Der Schiffer Paul Adolf Köhler behauptet, daß es ihm schwer...

Verurteilte Fällungen

auf Kleinfeldern nahm der Richter Karl Otto Poppel vor. Er war...

Schöffengericht.

Ein unhaltbares Urteil

Wäre das Schöffengericht unter Vorsitz des Amrichters Wogl wegen...

Handel und Industrie.

Industrie.

Vor kurzem kam der Abschluß einer Schallplatten-

Erst im Jahre 1908 erfolgte die Gründung der Carl...

Aktien der Fonotipia Limited in London erworben. deren...

Von dem zum Lindström-Konzern gehörenden Gesell-

Börse.

Die Kurse für Montanwerte erfuhren an der Berliner...

Verkehrsmittel.

Trotz der Reformen im Jahre 1913 macht sich seit einigen...

Kudensregeln und Kapitalvermehrung.

Die Eisenbahn-Signalfabrikanten haben von uns mehrfach...

Nach der Zeit der Jubel-Verkaufung ist ein Jahr mit...

Quotenkauf und Betriebsüberlegung. Nach der Erneuerung...

schen Eisenwerke übertragen sind. Der Kaufpreis...

Erneute Ermäßigung der Schraubenpreise. Nach den wieder-

Zusammenschluß in der Spielwarenindustrie. Die Spielwaren-

Veranstaltungen für Donnerstag.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Dresden und...

Thalia Theater! Görlitzer Str. 6. Anf. 8 Uhr 20. Sonnt. 3 Vorstell.

Persil Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche! Henkel's Bleich-Soda

Schuhmacherei! Nebenstelle-Eröffnung! Josef Bures, Schuhmacher

Kleine Anzeigen

Frucht-Weine Versand in 10-Ltr.-Korbl. exkl. Verand in 10-Ltr.-Korbl. exkl.

Keine Uhr kostet über 1.50 M. zu repar. u. reinigen.

Ernst Römisch 7 Wettinerstrasse 7. HOSEN

Gebr. Eichhorn Trompeten 17. Enorm billig: Kinderwagen u. Sportwagen

Waschmaschinen aller Art empfiehlt billigst.

Erdal Die in England, demselben...

Haben das Recht, unsere eigene Meinung zu haben und für sie einzutreten, und das tun wir durchaus im Rahmen der Gesetze.

Wer kann der Sozialdemokratie Gefährlichkeit, Verwilderung der Massen, Verwilderung der Jugend zum Vorwurf machen? (Hr. Graf Westarp: Klassenkampf) Es sind keine Sozialdemokraten gewesen, die durch Gewalt und Mord ihre Ziele durchgesetzt haben.

ordnung der Landgemeindeförderung oder der Neubildeten Städteordnung die vorhandene Unstimmigkeit beseitigt werde.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung: Petition des Landesverbandes der Festfeldboten, betreffend die Forderung des § 46 der Neubildeten Städteordnung und des § 37 der Landgemeindeförderung; Petition des Bundes deutscher Gemeindeförderung um Verleihung des passiven kommunalen Wahlrechts an die Gemeindeförderung; Petition des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung um Herabminderung des Anteils der Grundbesitzer an den Stadtverordnetenwahlen und der sozialdemokratischen

Gemeindeförderung; Antrag werden in gemeinschaftliche Beratung genommen.

Der Antrag Castan (Soz.) und Genossen hat folgenden Wortlaut: Die Kammer wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Neubildete Städteordnung, beziehentlich die Städteordnung für mittlere und kleine Städte und die Neubildete Landgemeindeförderung dahin abgeändert werden, daß unter Aufhebung der in diesen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen über die Wahl der Gemeindeförderung, für die Wahlen zu den Vertretungen aller Gemeinden folgendes bestimmt werde:

Die Gemeindeförderung werden von den Einwohnern jeder Gemeinde durch allgemeine Wahl gewählt. In Bezug auf die Stimmberechtigung und die Wählbarkeit finden die Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1899 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahlberechtigung mit erfülltem 20. Lebensjahre eintritt, das weibliche Geschlecht in gleichen Maße wie die männlichen stimmberechtigt und wählbar sind und die Verteilung der Gemeindeförderung erfolgt nach den Grundbesitz der Bevölkerung des Reichstagswahlgesetzes für die Reichstagswahlen nach der Verteilung vom 28. April 1901. Die Wahl hat an einem Sonntag stattzufinden.

Es liegt folgender Reputationsvortrag vor: Die Petition der Reichsbildeten, soweit sie sich auf eine Abänderung des § 46 der Neubildeten Städteordnung vom 24. April 1873 bezieht, der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, im übrigen aber auf sich beruhen zu lassen; überdies die Regierung aufzufordern, von ihrer Dispensationsbefugnis in den Fällen Gebrauch zu machen, wenn größere Gemeinden, bei denen die Verhältnisse denen der Städte mit Neubildeter Städteordnung nahe kommen, in ihre Gemeindeförderung eine das passive Wahlrecht der Gemeindeförderung umfassende Bestimmung aufnehmen (mit 11 gegen 5 Stimmen gefaßt).

Bezüglich der Petition der Gemeindeförderung und des Nationalliberalen Vereins in Leipzig liegen Mehrere und Minderheitsanträge vor. Die aus den Liberalen (mit Ausnahme des Abg. Braun) und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit beantragt, die Petitionen der Staatsregierung zur Ermäßigung zu überweisen, während die Minderheit (Konservative und der Nationalliberale Braun) den Antrag stellt, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Hr. Wilde (Soz.) erstattet ausführlichen Bericht über die Petition des Leipziger Nationalliberalen Vereins für die Reputationsmehrheit. Obgleich diese sehr bescheiden ist, habe die Erste Kammer beschlossen, sie auf sich beruhen zu lassen. Hauptächlich deshalb, weil die Regierung eine ablehnende Stellung eingenommen habe. Die Mehrheit der Deputation der Zweiten Kammer habe die Wünsche der Petenten für berechtigt gehalten, die Vertreter der äußersten Linken wären allerdings gern noch weiter gegangen und hätten das Grundbesitzerprivileg am liebsten ganz aus der Städteordnung und Landgemeindeförderung beseitigt.

Der Berichterstatter der Minderheit, Hr. Schmidt (Konf.), berichtet, daß es ihm bei der Petition um eine sehr bescheidene Bitte handele und vertheidigt das Grundbesitzerprivileg.

Hr. Wilde (Soz.) begründet den Wahlrechtsantrag. Der Antrag entspricht den Grundgedanken und Forderungen unserer Partei. Die Aufgaben der Gemeinden sind in den letzten Jahren ungeheuer gewachsen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Den Anträgen der Deputation zu den Petitionen der Festfeldboten und der Gemeindeförderung stimmen wir zu. Man sollte den Gemeindeförderung das passive Wahlrecht oder nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landgemeinden geben.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Engländer demokratisch überall Eingang verschafft hatte. Die Größe des Geldwechsels ist heute für das Wahlrecht maßgebend, nicht die Intelligenz! (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Idiot darf in der ersten Klasse wählen, wenn er einen genügend großen Geldbeutel hat, der intelligente Arbeiter aber nicht.

Wir verlangen ein allgemeines Wahlrecht und ferner, daß jede Person vom 20. Lebensjahre ohne Unterschied des Geschlechts wahlberechtigt ist, daß man also mit dem Geldsack und Berufsrecht ausreicht. Ein erstklassiger Grund zur Rechtfertigung des Einzelnen ist nicht gegeben. Wenn die Anstalten in den Großstädten ein 20. und 30mal größeres Wahlrecht haben als die Anstalten und solange sie den Beweis nicht liefern, daß sie dementsprechend für die Allgemeinheit mehr leisten, haben sie auch keine Anrecht auf Vorrechte.

Die Kammer wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Neubildete Städteordnung, beziehentlich die Städteordnung für mittlere und kleine Städte und die Neubildete Landgemeindeförderung dahin abgeändert werden, daß unter Aufhebung der in diesen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen über die Wahl der Gemeindeförderung, für die Wahlen zu den Vertretungen aller Gemeinden folgendes bestimmt werde:

Die Gemeindeförderung werden von den Einwohnern jeder Gemeinde durch allgemeine Wahl gewählt. In Bezug auf die Stimmberechtigung und die Wählbarkeit finden die Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1899 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahlberechtigung mit erfülltem 20. Lebensjahre eintritt, das weibliche Geschlecht in gleichen Maße wie die männlichen stimmberechtigt und wählbar sind und die Verteilung der Gemeindeförderung erfolgt nach den Grundbesitz der Bevölkerung des Reichstagswahlgesetzes für die Reichstagswahlen nach der Verteilung vom 28. April 1901. Die Wahl hat an einem Sonntag stattzufinden.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Dr. Roth (Konserv.) Der Antrag Castan achtet viel zu weit. Seine politischen Freunde seien dagegen, daß Personen unter 25 Jahren als wahlberechtigt zu gelten haben, auch im übrigen müßten sie sich gegen den Antrag wenden.

Hr. Lange (Soz.): Die organisierten Hausbesitzer legen auf das Grundbesitzer-Privileg überhaupt kein Gewicht mehr. Sie seien dafür, daß es abgeschafft ist, aber dann müßte natürlich auch jede „Vorabbestellung“ des Hausbesitzes fallen.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Sächsischer Landtag.

11. Kammer.

88. Sitzung, Dienstag, 5. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Regierungssitz: Bismarck.

Die Kammer nimmt zunächst in Schlussberatung den schriftlichen Bericht der Gesetzgebungsdeputation über den Antrag Kaiser (natl.) und Genossen auf Reizgas an.

Rechtsmittelbeschränkungen

zu schriftlichen Entscheidungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden, sowie auf Wiedereröffnung in den vorliegenden Stand im Verwaltungsverfahren. Nach dem Reputationsantrag soll die Staatsregierung ersucht werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. auf dem Gebiete der inneren Verwaltung den Behörden aufgegeben wird schriftliche Entscheidungen und Verfügungen, die in einem durch sachliche Vorbehalte gegebenen Verfahren ergehen und deren Anfechtung an eine Frist gebunden ist, in welcher Form und an welcher Stelle sie angefordert werden können; 2. ebenfalls auf dem Gebiete der inneren Verwaltung für Gemeindeförderung, Schwestern, Beiträge und sonstige Geldforderungen gegenüber der Versammlung von Jüssen und Terminen die Wiedereröffnung in den vorliegenden Stand einzuführen, ihre Voraussetzungen bestimmt und das Verfahren geordnet wird.

Hr. Dr. Castan (Konf.) äußert Bedenken gegen den Antrag; er befürchtet eine Halbierung der Beamten.

Der Reputationsantrag wird gegen 12 konservativ Stimmen zum Beschluß erlassen.

Hr. Gräberger (Soz.) ohne Debatte — beschließen, die Petition des Gemeindeförderungsrates Karl Robert Müller in Röhrenhain-Reichenhain (Bez. Leipzig), betreffend die Auslegung des § 237 der Landgemeindeförderung, der Staatsregierung in dem Sinne zur Reumünzierung zu überweisen, daß bei einer künftigen Neu-

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Hr. Gräberger (Soz.): Wir sehen das Meer nicht an als Mittel gegen das Volk, sondern als notwendiges Institut im Interesse der Gemeinschaft des Volkes. Eine Mittel wollen wir nicht, schon weil sie uns nicht billiger kommen würde als das lebende Meer.

Unsere ganze öffentliche Meinung ist eben infolgedessen verkommen, daß sie dem Gelde, dem Kapital, Achtung zollt und Rechte gewährt. Das wird gesagt: das höchste Gut des Staates sind seine Bürger. Das ist aber nur graue Theorie, in der Praxis steht es ganz anders. Ansehen, Recht und Einfluß hat nicht der Mensch als Mensch, sondern sein Besitz. Die Rechte werden danach bemessen, wie groß der Wohlstand ist. Dem Sohn des Kravattenmachers stehen die höchsten Stellen im Staat und in den Gemeinden offen, wenn sein Vater nur Geld hat. Daran hat man sich schon so gewöhnt, daß man diese als eine staatliche Grundlage betrachtet. Daß der Besitz überhaupt ist für die Zuteilung von Rechten, kommt in unserer Verfassung, in den Wahlrechten des Staates und der Gemeinden zum Ausdruck. So ist z. B. der Arbeiter, der nichts besitzt als ein christliches Wesen und können, mündigen Rechts, mag er noch so moralisch, noch so intelligent sein, er gehört zu den ärmsten dritter und vierter Güte. Was aber der Besitz mit gar mehrer Tugend, feiner Intelligenz, feinem Verdienste verbunden ist, er hat politische Rechte. Der Arbeiter, der in der politischen Welt nur soviel Recht als ein Bürger zweiter Klasse und in der Wahlwelt nur soviel als ein Bürger dritter Klasse.

Darum ist es auch erklärlich, daß die Arbeiter, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, ohne Rechte, ohne Einfluß im Staat, in der Gemeinde, und auch von den Verwaltungsbehörden als unbedeutend betrachtet werden. Je mehr die Gemeindeführung sich für die Bemessung der Rechte die Silberlinge in der Tasche das entscheidende Moment sind. Dann wird die Zeit kommen, wo man über unsere Zeit nur ein missliches Räseln haben wird.

Abg. Witzke (kon.) hält es für durchaus billig, daß den Arbeitern ein gewisses Vorkrecht eingeräumt wird. Es müßte nicht viel für die Gemeinde kosten. Die jungen Leute fühlen sich nicht unglücklich, daß sie mit 20 Jahren nicht wählen dürfen. Sie verhalten sich auch von politischen Verhältnissen noch nicht so fern. Abg. Kerschdorf: Wie ist es denn drüben in der Eriten (Amerika)? Die Frau gebt nicht in die politische Arena. Aber in der Fabrik gehört sie sehr viel bei den Arbeitern. Durch ein anderes Wahlrecht werde die Fabrikarbeit der Frauen auch nicht beeinträchtigt werden.

Abg. Dr. Köpcke (nat.) meint, daß er sich zu dem Antrag schon jedes Wort erlauben könne. Man wolle doch politische Forderungen (Rechen bei den Soz.) hehner beschäftigt sich dann mit der Kritik der Leipziger Nationalliberalen. Der Abg. Lange hat gesagt, die Nationalliberalen hätten sich den Verhältnissen der Arbeiter angepaßt, er möchte eher sagen, die Verhältnisse hätten sich den Nationalliberalen angepaßt. (Rechen rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. — In seinem Schlusswort bemerkt Abg. Wibe (Soz.):

Wir haben nicht erwartet, daß die Regierung in absehbarer Zeit das allgemeine Wahlrecht in den Gemeinden einführen wird, wir haben aber auch nicht erwartet, daß die bürgerlichen Parteien die Sympathie mit unserem Antrag ausdrücken und die Notwendigkeit einer Veränderung des jetzigen Zustandes anerkennen werden. Die bürgerlichen Parteien haben aber durch ihre Verhalten gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, die Rechte der Arbeiter zu erweitern. Das gilt von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten. Auch die Frauen wissen jetzt ganz genau, welcher Partei sie ihre Vertrauen zu schenken haben. Unsere Pflicht war es, die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu dieser wichtigen Frage vor dem ganzen Lande darzutun. Sie werden die Folgen zu tragen haben. (Bravo bei den Soz.)

Darauf werden die Deputationsanträge angenommen, soweit sie die Petition des Leipziger Nationalliberalen Vereins in Frage kommen, gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Nationalliberalen. (1) Der sozialdemokratische Antrag wird mit den Stimmen der sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Zahlreiche Eisenbahnsachen.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Gewerkchaften und Ausstellungswesen.

Auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig, die heute ihre Pforten öffnet, wird auch die politische und gewerkchaftliche Arbeiterpresse würdig vertreten sein. Außerdem werden sich die deutschen Gewerkchaften, besonders die Verbände der Arbeiter des graphischen Gewerbes, durch eine gemeinsame Ausstellung an dieser Weltanschauung für Buch und Bild beteiligen. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß diese Beteiligung von Seiten der Gewerkchaften eine sehr wertvolle und die augenfällige Darstellung der Bedeutung der Gewerkchaften und die Aufklärung der großen Öffentlichkeit über das segensreiche und kulturfördernde Wirken der Arbeiterverbände nicht zu hinterzählen vermöchten.

Wie anders war es noch vor drei Jahren bei der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden. Auch an dieser wollten sich die Gewerkchaften beteiligen. Die Ausstellungsgewerkchaft ging zunächst bereitwillig auf den Plan ein und ließ auch den Gewerkchaften ihre unabhängigen Ausschläge für die Ausstellung der gewerkchaftlichen Arbeiter zukommen. Den sämtlichen Gewerkchaften und Arbeiterverbänden gelang es jedoch, die Regierung gegen die Beteiligung der Gewerkchaften zu hindern. Die Folgen sind nicht ausgeblieben: Die Hygiene-Ausstellung war ohne andere, nur kein Spiegel der wirklichen Zustände; sie zeigte alles im ruhigsten Lichte, nachdem man diejenigen von der Ausstellung verbannt hatte, die auch die Schattenseiten aufzeigen und der Wahrhaftigkeit Geltung verschaffen wollten.

Erfreulicherweise ist dieser schmerzliche Charakter der Dresdner Hygiene-Ausstellung für viele eine heilsame Lehre gewesen, so daß die Gewerkchaften schon bei der vorjährigen Internationalen Ausstellung in Leipzig nicht mehr von Erfolg begleitet waren. Die Generalkommission richtete dort einen eigenen Pavillon, an und in dem die Verbände der Arbeiter der verschiedenen Zweige des Bau- und Gewerbes alle für die Bauarbeiter, Dachbeder, Maler, Glaser, Schreiner, Klempner usw. notwendigen Schutzvorrichtungen vorstellten. Der Deutschen Tageszeitung, die als Vorkühlerin des Scharfmachertums die Ausstellungsgewerkchaft wegen der Zulassung der Gewerkchaften anrempelte, wurde ruhig und schließlich geantwortet, daß sich die Generalkommission, wie jeder andere Aussteller, gemeldet habe und für den besetzten Platz eine entsprechende Miete bezahle, so daß gar keine Ursache zu ihrer Zurückweisung bestehe. Die Schleifendreher hatten also das Nachsehen. Die Bauausstellung hat gerade durch die gewerkchaftliche Abteilung beträchtlich an Wert gewonnen; das wurde auch von der objektiven Berichterstattung und Kritik allgemein anerkannt.

Die Abfahr, die sich die Gewerkchaften und Arbeiterverbände bei der Bauausstellung geholt haben, war natürlich für diese abgedrängten Helfer gegen alles, was der Arbeit-

schaft Gerechtigkeit wiederfahren läßt, kein Grund, nicht auch gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Buchgewerbe-Ausstellung scharf zu machen. Daß sie dabei nicht besser abschneiden als bei der Bauausstellung, beweist die Abfuhr, die sogar das zahme Leipziger Tageblatt der konservativen Kreuzzeitung zukommen ließ, als diese wegen der Beteiligung der sozialdemokratischen Presse an der Buchgewerbe-Ausstellung in helle Wut geriet. Auf den Schmerzensfuß der Kreuzzeitung, daß es scheint, als solle die unter dem Protektorat des Königs von Sachsen stehende Ausstellung eine ganz hübsche Gelegenheit zu sozialdemokratischer Propaganda werden", erwiderte das Leipziger Tageblatt:

Es versteht sich bei dem allgemeinwissenschaftlichen Charakter der Weltausstellung von selbst, daß der Arbeiter über die Tagespresse die sozialdemokratischen Blätter, die man einmal erklären nicht übergeben werden konnten. Was übrigens in diesem Zusammenhang der Hinweis auf das Protektorat des Königs zu bedeuten soll, ist schlechthin unerfindlich. Die Kreuzzeitung kommt eben aus ihren üblichen Wohnstätten, die ihr schon demarks scharfe Verurteilung eintragen, nicht heraus."

In Leipzig wird also die sozialdemokratische Presse dem von der Kreuzzeitung verzapften reaktionären Stumpfsinn zum Trotz ebenso gut wie die bürgerliche Tagespresse vertreten sein. Aber auch die gewerkchaftliche Arbeiterpresse wird auf der Weltanschauung für Buchgewerbe und Graphik zum Kerger der Scharfmacher den ihrer Bedeutung entsprechenden Platz finden. Außerdem werden besonders die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steindrucker, Druckereihilfsarbeiter usw. in einer besonderen Abteilung ihre Entfaltung, ihr soziales Wirken und ihre Arbeit für die Erhebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der graphischen Arbeiterschaft überdeutlich, anschaulich und packend darstellen.

So erschließen sich die Gewerkchaften durch ihre Beteiligung an diesen großen Ausstellungen ein neues Mittel der Propaganda und der Aufklärung, das auch auf die Arbeiter ohne Wirkung nicht verfehlen wird, die sonst der Arbeiterbewegung verständnislos und fremd gegenüberstehen.

Statistik.

Der 4. Bezirk (Sachsen) des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1913.

In einem zwölfseitigen Schriftchen übergeben haben die Bezirksleiter Magnus Haack und Hermann Schiffer in Dresden den Jahresbericht des 4. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Bezirksleitung.

Die wirtschaftliche Depression, von der die Metallindustrie besonders hart betroffen wurde, blieb auch auf die Mitgliederbewegung des Verbandes in Sachsen nicht ohne Einfluß. Die Mitgliederzahl des Bezirks ging im Berichtsjahr von 90 648 auf 88 769 zurück; der Verlust betrug demnach 1879 Mitglieder oder 2,07 Prozent. Er ist hauptsächlich auf die Abwanderung organisierter Metallarbeiter aus Sachsen zurückzuführen, denn während nur 11 412 Mitglieder zu- und 10 533 Mitglieder abgezogen wurden, so überließ also die der Zugehörigen um 885 Prozent. Wenn sich die Zahl der Mitglieder gehalten hätte, würde also der Bezirk einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt haben. Von den Mitgliedern am Jahresabschluss 1913 waren 82 184 männliche, 2822 weibliche, 3496 jugendliche Personen, 34 Halbmitglieder und 433 Inaktiven. Die Jahresbeiträge des Bezirks betrug 4 006 445,97 M., die Jahresausgaben 3 876 743,16 M., der Ueberschuß mithin 129 702,81 M.; doch ist hier der Reservebestand von 718 097,35 M. auf 847 800,16 M. (1913) 178,89 M. in der Bezirkskassafalle, 786 621,47 M. in den Lokalkassen. Trotz des erwähnten Mitgliederabganges war die Beitrags-einnahme im Berichtsjahr um 135 927,30 M. höher als im Jahre 1912. Von den Ausgaben entfielen 1 225 547,18 M. auf Einlagenungen an die Hauptkasse. Für Unterhaltungszwecke wurden aus Mitteln der Haupt- und der Lokalen Kassen folgende Summen verausgabt:

Reisegeld	67 067,55 M.
Umsatzunterstützung	19 074,65 M.
Unterstützung bei Krankheit	681 212,36 M.
Unterstützung bei Arbeitslosigkeit	495 890,30 M.
Streikunterstützung	107 573,56 M.
Wahrgelungunterstützung	62 089,45 M.
Hoflagerunterstützung	21 573,11 M.
Sterbegeld	26 331,28 M.
Reisekosten	1 609,93 M.
Insgesamt also	1 462 122,19 M.

Besondere Beachtung verdient der Umstand, daß die aus der Hauptkasse ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung um 153 452,79 M. im Jahre 1912 auf 449 209,04 M. im Jahre 1913 stieg; die Summe hat sich also fast verdreifacht!

Im Berichtsjahre fanden insgesamt 176 Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitslosenunterstützung statt, von denen 1028 Betriebe und 10 794 Arbeiter erfaßt wurden. 134 Bewegungen hatten vollen, 25 teilweisen und 17 keinen Erfolg. Erreicht wurde für 3535 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung um 5888 1/2 Stunden wöchentlich, für 4525 Arbeiter eine Lohnerhöhung um 8285,49 M. wöchentlich, für 4372 der Abschluß eines Tarifs, für 1645 die Regelung der Arbeitszeit, für 1017 die Festsetzung von Wochentagen, für 3422 Lebensunterhaltssätze, für 3219 Zuschläge für Sonntag- und Nachtarbeit und für 4319 Arbeiter sonstige Vorteile; ferner wurden für 392 Arbeiter Arbeitszeitverlängerungen, für 414 Arbeiter Lohnaufschläge und für 1048 Arbeiter andere Verbesserungen abgewehrt.

Zum Schluß richtet der Bericht an die Mitglieder das Ersuchen, in der Zeit der Krise, wo eine gewisse Situation eingetreten ist, ihr Augenmerk dem inneren Ausbau der Organisation zu widmen und Einrichtungen zu schaffen, die den Mitgliedern die Organisation immer wertvoller machen und sie immer mehr zu einem Hort für die Metallarbeiter werden lassen, der auch in Krisenzeiten stark genug ist, seine Angehörigen gegen Unternehmervillkür zu schützen.

Nachrichte eines Seifenfabrikanten.

Die Arbeiter der Dresdner Seifenfabrik Hausmannsfeifenfabriken haben eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeföhrt. Der Kampf war schwer, am hartnäckigsten aber bei der Firma Wilhelm in Geilert. Dresden-Reudach, deren Inhaber, Herr Wundmann, sich erst nach langem Bemühen bereit erklärte, seine Forderungen zu gemäßen und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich zu verkürzen.

Jetzt scheint Herr Wundmann Nachsicht über zu wollen. Vor wenigen Tagen wurde ein Kollege aus ganz wichtigen Gründen entlassen. Herr Wundmann geht außerdem im Bereiche umher und führt die Arbeiter bei jeder Gelegenheit an, so daß sich der Arbeiterschaft eine große Erregtheit bemächtigt hat.

Auch recht billig scheint Herr Wundmann arbeiten zu wollen. So hat er vor kurzem ein aus der Schule entlassenes, aber noch nicht 14 Jahre altes Mädchen eingestellt. Erst die Gewerbeinspektion mußte dem Herrn klar machen, daß solche Kinder nur sechs Stunden täglich arbeiten dürfen.

Herr Wundmann nimmt sonst sehr gern die Arbeitergrößen für seine Produkte, aber zu einer anständigen Behandlung der Arbeiter scheint er keine Lust zu haben.

Verband der Fabrikarbeiter. Zehntel Dresden.

Arbeitslosenunterstützung von technischen Angehörigen. Zehntel der Heizungsfirma Hermann Siebold, Dresden, Große Reichstraße 10, und den technischen Angehörigen der Abteilung Heizung sind Differenzen ausgebrochen, die zum sofortigen Ausscheiden aller technischen Angehörigen dieser Abteilung führten. Bund der technisch-industriellen Beamten.

Kätzung, Zimmerer!

Die Betonfirma Kelle u. Löfer sucht durch Anschlag in der Zimmereigenen Zimmerer nach Schwarz in Böhmen. Wir erhielten von dort die telegraphische Nachricht, daß Differenzen ausgebrochen sind und Zugang ferngehalten ist.

Indem wir das hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen, sprechen wir gleichzeitig die Erwartung aus, daß sich kein Zimmerer für Schwarz anmerken läßt, bevor nicht an dieser Stelle berichtet ist, daß die Differenzen beigelegt sind.

Die Sperte über die Arbeiten der Firma Holzmann u. Co. (Holzbauteile in Schönau) besteht fort.

Zentralverband der Dachbeder. Zehntel Dresden und Umg.

Aus der Umgebung.

Sum Streit der Dachbeder im Plauenischen Grunde.

Wie schon kurz berichtet, befinden sich die Dachbeder im Plauenischen Grunde im Streit, der durch das eigentümliche Verhalten der Unternehmer bei der Tarifverhandlung veranlaßt wurde. Sie haben die Lohnkommission für den 19. April zu Unterhandlungen ein, waren aber selbst nicht erschienen. Daraufhin beschloß eine Versammlung der Gehilfen, die Unternehmer nochmals zu Verhandlungen einzuladen. Da sich aber nur der Meister Worsch eingefunden hatte, blieben sie ergebnislos. Daraufhin beschloßen die Gehilfen, am 1. Mai in den Streit zu treten. Die Herren Kuhn und Schwalbe, Köstlich, haben den Tarif noch vor der Arbeitseinstellung anerkannt. Nur zwei Arbeitswillige haben sich gefunden: Der Dachbeder Emil Gottsch, Köstlich, und der Sattlermeister Paul Reumann, Gittersee, der jetzt mit Dachbederarbeiten beschäftigt ist, beschäftigt bei Herrn Worsch, Gittersee.

Zuland.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1913.

Die herrschende Wirtschaftskrise hat auch die Entwicklung des Holzarbeiterverbandes beeinträchtigt. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Jahresdurchschnitt 1913 gegenüber dem Jahre 1911 mehr als verdoppelt. Damals betrug der durchschnittliche Arbeitslosenstand 2,49 Prozent, im verflorenen Jahre aber 5,19 Prozent der Mitglieder. Der Verlust gegenüber dem Vorjahre betrug 3765 Mitglieder; am Jahresabschluss 1913 zählte der Verband 155 076 Mitglieder. Nicht alle Branchen sind gleichmäßig an diesem Anzus beteiligt, insbesondere sind die weiblichen Mitglieder davon ausgeschlossen, deren Zahl sogar von 7193 auf 7470 gestiegen ist.

Die große die Anforderungen der Mitglieder an die gewerkchaftliche Organisation sind, beweist die Tatsache, daß der Verband im Jahre 1913 nicht weniger als 5 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen bezogen hat. Die Reinkausgabe beträgt gegenüber dem Vorjahre 30 Prozent. Die Arbeitslosenunterstützung, für sich allein betrachtet, ergibt eine Steigerung um 60 Prozent. Diesen gesteigerten Ausgaben steht eine Erhöhung der Einnahmen nicht gegenüber. Trotzdem hat das Verbandsvermögen um 182 449 M. gegenüber dem Vorjahre zugenommen; es beläuft sich auf 7 404 017 Mark.

Die Statistik verzeichnet für 1913 6 966 Lohnbewegungen mit 85 188 Beteiligten; 1913 haben circa 34 000 Mitglieder mehr als im Vorjahre in der Bewegung geteilt. Es wurden geführt: Angriffsstreiks 171 mit 9400 Beteiligten; Abwehrstreiks 117 mit 9250 Beteiligten; Ausparierungen 22 mit 2719 Beteiligten; Angriffsbewegungen ohne Streik 367 mit 68 721 Beteiligten; Abwehrbewegungen ohne Streik 19 mit 462 Beteiligten. Als Gesamtergebnis der im Jahre 1913 geföhrteten Lohnbewegungen wurde erzielt: für 68 096 Personen eine Arbeitszeitverlängerung um zusammen 88 640 Stunden oder durchschnittlich 1,3 Stunden pro Woche, und für 71 063 Personen eine Lohnerhöhung um zusammen 162 865 M. oder durchschnittlich 2,30 M. pro Woche. Die Abwehrstreiks waren zwar im allgemeinen gleichfalls von Erfolg, doch ist auch zu konstatieren, daß in mehreren Fällen die angebotenen Lohnaufzungen nicht zu verhindern gewesen sind.

Trotz mancher Hindernisse hat der Holzarbeiterverband im Jahre 1913 mit außerordentlichem Erfolge auf dem Gebiete der Tarifvertragspolitik gewirkt. Nicht weniger als 243 Verträge für 68 581 Personen liefen im Berichtsjahr ab. Ingesamt erneuert bzw. neu abgeschlossen wurden 282 Verträge für 60 048 Personen. Diese Tarifkämpfe nahmen die Kräfte des Verbandes in besonders hohem Maße in Anspruch. Doch mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß gerade dieser Teil gewerkchaftlicher Tätigkeit erfolgreich war. Sowohl an Arbeitszeitverlängerung, wie an Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, haben die neuen Verträge manchen beachtlichen Fortschritt gebracht; die Verträge wurden auch inhaltlich weiter ausgebaut und den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Am Jahresabschluss 1913 war der Verband an insgesamt 1135 Verträgen für 14 990 Betriebe mit 140 123 beschäftigten Personen als Vertragskontrahenten beteiligt.

Die höchsten Pläne der Scharfmacher zu Beginn des Kampfs und Krisenjahres 1913 sind zu Schanden gemacht worden; die Organisation der Holzarbeiter hat den Anforderungen standgehalten, sie kann mit ungebrochener Kraft der Zukunft entgegensehen.

Beendigung des Eisnarbeiterstreiks in Berlin.

Der Streik der Berliner Eisnarbeiter, der 30 Wochen dauerte, wurde jetzt nach langwierigen Verhandlungen beendet. Der abgeschlossene Vertrag gilt bis zum 30. September 1913. Der Wini-mollon für Eisnarbeiter beträgt in diesem Jahre 58 Pfennig, dann 59 Pfennig und 1916 60 Pfennig, für Eisnarbeiter und Kartuschmacher 61,62 und 63 Pfennig pro Stunde. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen für ungeübte in den ersten sechs Monaten 20 Pfennig, vom 7. bis 9. Monat 20 Pfennig, nach einem Jahre 20 Pfennig, im zweiten Jahre 34 Pfennig, nach dieser Zeit nicht unter 39 Pfennig die Stunde. Alle Löhne werden die ersten drei Jahre um je 1 Pfennig pro Stunde erhöht. Das dieser lange Kampf auch nicht den Erfolg gebracht, der nach der Haltung der Streikenden zu erwarten war, so ist es den Unternehmern auch nicht gelungen, die Organisation der Holzarbeiter zu schwächen und die Arbeitsbedingungen auszuhebeln, ein Ziel, das sie mit allen Mitteln jehnsüchtig erstrebten.

Ausland in den Beleuchtungsanstalten in Rauscha.

In den drei größten Beleuchtungsanstalten in Rauscha haben sämtliche Arbeiter ihre Kündigung eingereicht, weil nach dem am 1. April abgelaufenen Tarif die neuen Tarifverhandlungen scheiterten.

Ausland.

Der Streik der Tabakarbeiter in Italien.

Der Streik der italienischen Tabakarbeiter dauert ununterbrochen fort. Obwohl schon zwölf Tage verlossen sind und es sich um nicht weniger als 18 000 Einzelnde handelt, ist bis jetzt noch keine Ermüdung und Entmutigung zu sehen. Die Regierung hat erklärt, die Wiederaufnahme der Verhandlungen von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig zu machen. Das ist ein gefährlicher Standpunkt, den man bisher bei den Konflikten, in denen der Staat die Rolle des Unternehmers spielt, nicht eingenommen hatte. In allen haben staatlichen Tabakfabriken ruff die Arbeit vollständig. Im Ministerrat vom 2. Mai wurde beschloßen, keinerlei Lohnbewegungen zu gemäßen und nichts anderes zugestehen, als sanitäre Reformen in den Arbeitsstätten und den dazu gehörenden Krippen für die kleinen Kinder der Arbeiterinnen.

Für unsere werben Abonnenten des Plauenischen Grundes liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung ein Prospekt der Firma Bernh. Göthe, Fotohappell, Tharandter, Otto Kischstrasse, bei, auf den wir hinweisen noch besonders hinweisen.

Konfektion

Wir hatten nochmals Gelegenheit,
einen großen **Moderne Damen-Kostüme** unter Preis
Posten zu erwerben

Dieselben sind aus feinsten Stoffen modernen Charakters gearbeitet und zeichnen sich durch vorzüglichen Sitz aus

Gruppe IV
36⁵⁰ Mk.
Wert bis **68,00** Mk.

Gruppe III
25⁰⁰ Mk.
Wert bis **55,00** Mk.

Gruppe II
15⁰⁰ Mk.
Wert bis **35,00** Mk.

Gruppe I
9⁵⁰ Mk.
Wert bis **32,00** Mk.

ca. 3000 weisse Batist- und Voileblusen

aus feinsten Qualitäten in modernen neuen Macharten. Diese Blusen sind zum Teil mit vornehmer Handstickerei u. eleganten Ia. Entredoux versehen

Stück **4⁹⁰ 3⁹⁰ 2⁹⁰ 1⁹⁰**

ca. 200 Sportjacken und Popeline-Mäntel

aus feinen hellfarbigen Stoffen eleganter Machart. Günstiges Gelegenheitsangebot

Stück **16⁷⁵ 9⁷⁵ 7⁵⁰**

Ein Posten schwarz-weiße Kostümröcke

aus guten Stoffen moderner Dessins

Die letzte Mode
Stück **12⁷⁵ 8⁷⁵ 5⁹⁰ 3⁹⁰**

Lebensmittel

Donnerstag — Freitag — Sonnabend — Montag — Dienstag

Speck, Ia. starker	Pfd.	68
Rauchfleisch, mager	"	85
Cassler, Endstücke	"	95
Cassler, Mittel-Pilastücke	"	1,15
Schweineschnitzel	"	78
Teewurst, feinste	"	1,38
Zerelatwurst	"	1,38
Salamiwurst	"	1,38
Leber-, Blut-, Mettwurst	"	98

5 Pfd. gemahlener Zucker		95
Kaffee	Pfd. 1,80, 1,60, 1,40,	95
Kakao, vorzüglicher	1 1/2 Pfd.	95
Kakao nach holl. Art	Pfd.-Dose	1,10
Oelsardinen	1,50, 1,25, 95, 90, 75, 60, 55,	30
1/4 Flaschen ff. Apfelwein		95
2-Pfd.-Dose Stangen-spargel		95
2-Pfd.-Dose Brechspargel m. Köpfen		95
2-Pfd.-Dose Pflaumen ohne Steine		48

Kieler Bücklinge	5 Stück	20
Bismarckheringe	2 Dosen	95
Bratheringe	2 Dosen	95
Geleeheringe	Dose	35
Gabelbissen	"	48
Krabben	Dose 70,	48
Delikatessheringe, ohne Gräten		
in div. Saucen	Dose 80,	70
Anchovis	Glas 25	

ca. **800** Pfund **frischer Spargel** besonders zart, saftig und wohlschmeckend **68, 55, 38, 18** Pfund

Himbeersaft beste Qualität **98**
1/2 Champagner-Flasche

Kirschsaft aus frischen Früchten **98**
1/2 Flasche 55, 1/1 Flasche

Zitronensaft **98**
aus frisch. Früchten, 1/1 Champagner-Fl.

Maitrank
sehr aromatisch (garantiert aus Traubenwein) Flasche **85**

Ca. 1500 Pfd. **Limburger Käse** **32**
vorzügliche Qualität, Preis Pfd. 35, bei Entnahme v. 5 großen Steinen Pfd.
Tafelbutter, viel billiger, Pfund 1²⁸, 1²⁰, 1¹⁶

„Nittler Berg“
ein vorzüglicher süßlicher Moselwein
1/1 Flasche bei 90, Flasch. bei 90, Flasch. **72, 70, 68**

Orange-Marmelade
Pfund-Glas **50**

Erbsen		2 Pfd.	1 Pfd.
Kaiserschoten		1,20	65
Junge Erbsen, sehr fein		1,10	60
Junge Erbsen, fein		90	53
Junge Erbsen, fein, B.		74	44
Junge Erbsen, mittel		68	34
Junge Erbsen		45	28
Gemüse-Erbsen		39	24
Karotten in Würfeln		32	19

Aprikosen-Marmelade
3 Pfd.-Eimer **95**

Bohnen		5 Pfd.	4 Pfd.	3 Pfd.	1 Pfd.
Schnittbohnen		78	64	52	22
Brechbohnen		78	64	52	22
Schnittbohnen, feinste		45	25		
Brechbohnen, feinste		45	25		
Wachsbohnen		50	32		
Puffbohnen			38		
Spinat, sandfrei		45	28		
Kohlrabi, in grün		34	22		
Tomatenpuree	20, 30,	78	44		

Melange-Marmelade
5 Pfd.-Eimer **1,50, 95**

Früchte		2 Pfd.	1 Pfd.
Ananas in Scheiben	55	1,80	95
Aprikosen, 1/2 Frucht		1,45	80
Pfirsiche, 1/2 Frucht		1,40	
Erdbeeren (Ananas)		1,25	70
Gemischte Früchte, feinste		1,15	65
Reineclauden		88	50
Mirabellen, Metzger		62	44
Preiselbeeren		68	30

Frisches Fleisch
wieder billiger!

Ochsenfleisch		Hammelfleisch		Schweinefleisch		Kalbfleisch	
Bratenfleisch	Pfd. 90	Keule	Pfd. 95	Kama	Pfd. 90	Keule od. Niere	Pfd. 1,00
Oberschale	Pfd. 95	Rücken	Pfd. 95	Keule	Pfd. 75-80	Blatt od. Brust	Pfd. 90
Hochrippe	Pfd. 85	Blatt od. Kamm	Pfd. 80-85	Karree	Pfd. 1,00	Kamm	Pfd. 85
Brust	Pfd. 75	Bauch	Pfd. 85	Frischer Speck	Pfd. 65	Pöselkeule	Pfd. 75

Dresden
Telefon:
25426
21797

Herzfeld

Am Altmarkt
Telefon:
18008
22501

Wirtschaftliche Umschau.

Konzentration.

In dieser Stelle wurde mehrfach, zuletzt bei Besprechung der letzten Konventionen, auf die Gegensätze hingewiesen, die sich im Laufe der Jahre selbst unter den Großbanken entwickelt haben: Ein stiller, aber für das aufmerksame Auge doch deutlich hervortretender Wettbewerb, der sich u. a. auch in dem Wettlauf um die Höhe der Kapitalien ausdrückt. Wenigstens ist, daß das „Standardentwurf“ der Banken, das Mindestmaß für Provisionen festsetzt, in der Provinz, aber nicht in Berlin zustande gekommen ist. In der Provinz übten sich die Banken durch das Vordringen der Großbanken, die ihr Ziel immer mehr ausbauen, höchst bedrängt und haben sich zusammenzutun, um dadurch ein Gegengewicht zu schaffen. In Berlin besteht zunächst noch immer ein Gegensatz zwischen den Privatbankiers und den Großbanken, dann aber auch zwischen diesen selbst.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war nicht für alle Großbanken gleich günstig. Die verschiedenen Geschäftszweige entwickelten sich verschieden. Insbesondere günstig waren die reinen imperialistischen Geschäfte, die Kreditgewährung an exotische Staaten. Dadurch konnte man hohe Verdienste einflecken, die selbst durch die letzten Sturzgänge nicht aufgezehrt wurden. Die Deutsche Bank und zum Teil auch die Diskontogesellschaft haben aus ihren Auslandsgeheimnissen hohen Gewinn gezogen, sind groß geworden. Die Deutsche Bank hat allerdings auch empfindliche Verluste zu verzeichnen. So legt bei der A. O. r. z. u. a., der Finanzgesellschaft für südafrikanische Minenwerte, die mit einem Jahresverlust von 62 Millionen bilanziert. Doch wird wohl auch dieser Verlust wie schon mancher anderer durch die inneren recht hohen Reserven gedeckt werden, so daß er im Status der Deutschen Bank gar nicht zum Vorschein kommen wird. Gegenüber den großen Millionengewinnen, die diese Riesebank einstreicht, bedeuten solche Verluste sehr wenig.

Auch an den Terrainspekulationen erlitt die Deutsche Bank größere Verluste; doch schreibt sie siegreich vorwärts. Das ist die Welt der Großen. Die Höhe des Profits hängt heute in bedeutendem Maße davon ab, in welchem Umfang das Unternehmen fremdes Kapital heranzuziehen vermag. Die Sache ist ganz einfach. Jedes Kapital ist in der kapitalistischen Gesellschaft gleichberechtigt, fordert einen gleichen Teil an der Gesamtprodukt. Zwei Unternehmungen mit gleichen Kapitalen müssen daher in der Regel auch gleiche Dividenden zahlen können. Nun nehmen wir an, daß ein Unternehmen fast ausschließlich mit eigenem Kapital arbeitet, während das andere umgekehrt in der Hauptsache mit fremdem Kapital operiert, so werden ihre Dividenden nicht gleich sein. Das eine Unternehmen, das, sagen wir, über ein Kapital von 100 Millionen verfügt, von denen nur 10 oder 20 Millionen seine eigenen sind, zahlt für die übrigen 80 bis 90 Millionen an die Selbstkapitalisten 3½ bis 4½ Prozent Zinsen, während es normalerweise auf das ganze Kapital 7½ bis 8½ Prozent Profit erhält. Nach Abzug der Zinsen verbleibt ihm ein Verdienst von 3,2 bis 3,6 Millionen auf das geliehene Kapital von 80 bis 90 Millionen. Fügt man diesem Verdienste zu dem Profit auf seine 20 oder 10 Millionen hinzu, so ergibt sich, daß der Gesamtgewinn (bei einer Profitrate von 7½ Proz.) 4,7 bzw. 4,25 Millionen ausmacht, was, auf 20 (10) Millionen geteilt, eine Dividende von 23,5 Proz. bis 43,5 Proz. ergibt. Also eine drei- bis sechsfache der normalen Profitrate.

Diese Tatsache, daß die Rentabilität der Unternehmungen im hohen Grade von dem Verhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital abhängt, ist den Herren Unternehmern sehr wohl bekannt und tritt besonders frappierend bei einem Vergleich der Rentabilität der englischen und deutschen Großbanken hervor. Die englischen Banken haben nur geringe eigene Kapitalien, die von den fremden Geldern um das 20- und Mehrfache überwiegen werden. Daher verteilen sie auch ungeheuerliche Dividenden. So die London 18½, die Londoner County und Westminster Bank 21½ Proz., während selbst die Deutsche Bank nur 12½ Proz. als Dividende ausschüttet.

Daraus folgt, daß die Banken danach streben müssen, möglichst viel fremdes Kapital heranzuziehen. Das wird zum Teil durch verschiedene Begünstigungen an die großen Geldverleiher erreicht. Die Depositenkassen sind im allgemeinen festgelegt. Allzuhohe Vergütung für Depositen darf sich keine Bank gestatten, weil sie die Gefahr läuft, den Ruf eines unoliden Borgers zu bekommen. Sie sucht deshalb die Geldverleiher durch verschiedene andere Gefälligkeiten, Dienstleistungen usw. heranzulocken. Diese Mittel reichen aber wenig aus. Das wichtigste ist die Kapitalmacht.

In doppelter Beziehung ist dies von Bedeutung. Einmal können die hohen Kapitalsummen, mit denen die Banken verfügen, dem kleinen Sparer besonderes Vertrauen ein. Er sagt sich mit gewissen Recht, daß die Einlagen in einer Großbank sicherer aufgehoben sind als in einer kleinen Bank. Die Konkursfälle von kleinen und selbst mittleren Banken sind keine große Seltenheit, dagegen sind Zusammenbrüche von Großbanken in der letzten Zeit nicht vorgekommen. Die kleinen Sparer trauen daher den großen Zahlen. Das tun wohl auch diejenigen, die sonst gegen das Großkapital donnern, die Großbanken und Börse politisch bekämpfen.

Aber auch für die Großkapitalisten ist der Verkehr mit einer Großbank viel angenehmer. Entweder ist der Unternehmer selbst Aktionär einer solchen Bank oder er ist auf ihren Kredit angewiesen. Die bekannten Großbanken haben auch im Auslande einen guten Ruf, ihre Wechsel oder Unterschrift auf fremden Wechseln werden überall hoch geschätzt; die Geschäftsverbindungen mit einer Großbank erhöhen schon aber auch an und für sich den Kredit und das Ansehen eines Unternehmers. Das sind die allgemeinen Gründe, warum die Großbanken die kleinen so rasch verdrängen.

Nun hat das Wirtschaftsleben in den letzten Jahren einen starken Aufschwung genommen. Der Konzentrationsprozeß in der Industrie hat gewaltige Fortschritte gemacht. Es sind Riesenunternehmungen entstanden, die zeitweilig große Summen frei haben, oft aber auch ungeheuerlichen Kredit beanspruchen oder mit großen Forderungen auf den Markt treten und der Vermittlung von Banken bedürfen, die die Börse beeinflussen und in Beziehung zu einem großen Kreis von Effektenkäufern stehen. Die Industrie des Westens ist den Banken vorausgeeilt. Die mittelgroßen Banken Rheinlands hatten große Anstrengungen gemacht, vermochten doch nicht mit ihnen gleichen Schritt zu halten. Das Schicksal der Bergisch-Märkischen und insbesondere des Schaaffhausischen Bankvereins ist in dieser Beziehung recht charakteristisch.

Der Bankverein wurde 1898 als erste Kreditbank Deutschlands gegründet. Von Anfang an stand er in engsten Beziehungen zu der Schwerindustrie, vor allem zu dem Kohlenbergbau, wurde mit ihr groß, wurde umgekehrt auf die Verlosung der Industrie zurück, vermochte aber aus der letzten Hochkonjunktur schon nicht mehr Nutzen für sich zu ziehen. Ein Teil der Großindustriellen hat schon früher den Bankverein verlassen. So der Mächtigte unter den Kohlenbaronen, Daniel, der sich an die Deutsche Bank gewendet hat. Andere sind zu der Dresdner Bank gegangen oder haben gleichzeitig mit mehreren Banken angeknüpft. Der Schaaffhausische Bankverein suchte dann anderwärts Bekämpfung zu finden, machte in Berliner Terrainspekulationen, die aber wenig glücklich waren. So kam es, daß er immer mehr bergab ging, während die anderen bergauf gingen.

Die vorletzte Aufschwungsperiode, 1903 bis 1907, war seine beste Zeit. Dank der internationalen Rohstoffgesellschaft, die in diesen Jahren glänzende Gewinne machte, sowie seinen Petroleumunternehmungen konnte er steigende Dividenden ausschütten (6 bis 8½ Proz.), ebenso sein Kapital von 100 auf 145 Millionen erhöhen. Seit der Krise von 1907 hat er sich aber nicht mehr erholen können. Die Dividende ging zunächst auf 7 Proz. herab, dann wurde sie durch Auszahlung der Reserven der Vobagegesellschaft auf 7½ Proz. gehoben, um 1912 auf 5 Proz. und 1913 gar auf 3 Proz. zu sinken.

Natürlich ist dementsprechend auch der Kurs gesunken und würde noch mehr heruntergehen, wenn Interventionskäufe dies nicht verhindert hätten. Diese Interventionskäufe besiegelten nun das Schicksal des Bankvereins. So schreibt Arthur Norden im Berliner Tageblatt:

Die innere Ursache des Uberganges des Schaaffhausischen Bankvereins an die Diskontogesellschaft ist in der Kräfteveränderung des Säuer Instituts zu suchen, die in dem Augenblick des Vorrückens der Deutschen Bank besonders empfindlich sichtbar werden mußte. Das treibende Moment des Zusammenstießes aber dürfte anderer Natur gewesen sein. Wohl aber übernahm nämlich ein mit der Verwaltung von Schaaffhausen identisches oder ihr nächstehendes Konsortium zur Stärkung des Kurzes einen großen Posten Aktien des Bankvereins aufzukaufen müssen. Diese Last drückte schwer. Die Kontrahenten suchten jemand, der ihnen die Bürde abnahm, und sie gaben zum Danke für die ihnen von der Diskontogesellschaft gebrachte Hilfe die Selbständigkeit des Bankvereins preis.

Aber nicht allein die Last des Säuer Aktien, die in der letzten Zeit auf den Markt gekommen sind, drückte den Bankverein zu Boden. Der Kursverfall und für sich mühte die Aktionäre veranlassen, eine Aenderung der Verhältnisse anzustreben. Man bedenke, daß mit dem Austrittsgang das Vertrauen des Publikums zu der Bank abnimmt, daß er unter Umständen einen Run hervorbringen kann, der selbst die Erfindung der Bank gefährden würde. Auf jeden Fall sinkt damit die Bedeutung seiner Wechsel; sie verliert selbst an Kredit. Eine Großbank kann ohne glänzende Kurse den scharfen Wettbewerb nicht mehr bestehen. Sie muß untergehen.

Die Bedeutung des hohen Kursagios für eine Großbank tritt gerade bei dieser Transaktion, die die Diskontogesellschaft durchführt, besonders klar zutage. Die größte Fusion, die im deutschen Wirtschaftsleben je vor sich gegangen, die Verschmelzung zweier Großbanken und Ausgabe von 75 Millionen neuer Aktien geht außerhalb der Börse vor sich. Dank dem Kursunterstreich konnte die Diskontogesellschaft für sich das Kapital einer ihrer Tochtergesellschaften mit Leichtigkeit erhöhen, sich dabei noch 25 Millionen Aktien des Schaaffhausischen Bankvereins in aller Stille verschaffen und jetzt mit 75 Millionen eigener Aktien 100 Millionen Aktien des Bankvereins kaufen, sowie sämtliche Umgründungskosten (15 bis 17 Millionen Mark) decken.

Die Diskontogesellschaft selbst geht mit raschen Schritten vorwärts. 1894 hatte sie bloß ein Kapital von 75 Millionen, in 20 Jahren hat sie ihr Kapital vervierfacht. Es waren allerdings keine gewöhnlichen zwanzig Jahre, sondern eine Sturm- und Drangperiode des Wirtschaftslebens, und die

Diskontogesellschaft hat das Glück, von der Konjunkturrelle in die Höhe getragen zu werden, während viele andere Banken in die Tiefe der Krisen verfunken sind. Doch hat sie ihre Werte nur wenig verbessert. Die Stellung des Selbstkapitals (Banken) zum Industriekapital ist in den ersten Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung günstiger gewesen als später. Eine junge kapitalstarke Industrie befindet sich in größerer Abhängigkeit von den Banken als eine ältere, die selbst über große Kapitalien verfügt. Ist die Industrie kartelliert, so ist ihre Stellung den Banken gegenüber besonders gefestigt. Die Banken lauten uns heute noch, sagte Strödel fürzlich, und das ist im allgemeinen richtig, insbesondere aber in bezug auf die mittelgroßen Banken. Daher lassen sich auch die Kartellherren nicht mehr scheren und gewähren nur geringe Provisionen. Will eine Bank noch „fette Geschäfte“ machen, muß sie sich mit kleineren Unternehmern und Angelegern einlassen, bei denen die Kreditgewährung auch mit größerem Risiko verbunden ist. Kurz, so ist es gekommen, daß die Banken aus der letzten Aufschwungsperiode wenig profitiert haben. Nur wenige konnten trotzdem ihre Macht noch steigern.

Zu diesen Wenigen gehört auch die Diskontogesellschaft. Sie hat zwar nicht ihre Dividende besonders erhöht, ihr Kapital aber seit 1903 verdoppelt, ist mit sehr bedeutenden Unternehmungen (Gelsenkirchen u. a.) in Verbindung getreten und behält heute mit der Aufnahme des Bankvereins ihren Wirkungsbereich gewaltig aus. Der Schaaffhausische Bankverein wird auf neuer Grundlage eingerichtet, aus einer Großbank in eine Provinzialbank ersten Ranges (100 Millionen Aktienkapital) verwandelt und ihm ein bestimmtes Betätigungsfeld zugewiesen. Die Diskontogesellschaft verfolgt überhaupt das Zentralisationsprinzip. Sie hat Tochtergesellschaften für bestimmte Gebiete. So die Allgemeine Kreditanstalt für Sachsen, die Norddeutsche Bank für Hamburg und jetzt den Schaaffhausischen Bankverein für Rheinland. Man sagt, daß es mit Rücksicht auf Lokalpatrioten gesehe, die lieber mit einer Lokal- als mit einer Zentralbank in Verbindung treten mochten? Den Meisten imponiert umgekehrt die zentrale Großbank, die durch ihre vielverzweigten Verbindungen auch geschäftliche Vorteile bietet. Wichtiger ist, daß die Konzentration auf ein Gebiet den Banken ähnliche Vorteile verschafft wie die Spezialisierung im Fabrikbetrieb. Natürlich ist die Spezialisierung ohne gleichzeitige Konzentration heute ohnmächtig. Jedes muß vereint werden, das macht der T r u s t, der die verschiedenen Produktionsphasen zusammenfaßt und gleichzeitig die Produktion in einzelnen Betrieben spezialisiert. Nach dieser Richtung hin arbeitet auch die Diskontogesellschaft.

Sie sucht sich möglichst rasch auszudehnen, muß auf diese Weise die Vorteile der großen Kapitalien, läßt aber ihren Tochtergesellschaften eine gewisse Selbständigkeit, indem sie ihnen bestimmte Arbeitsgebiete zuweist. Es ist der Banketrust, auf den sie lossteuert.

In der Industrie machen sich die gleichen Tendenzen bemerkbar. Die Schwerindustrie dringt in das Gebiet der Bergbauindustrie ein und reißt hier mit einem Schläge die führende Rolle an sich. Andererseits suchen die kapitalstärksten „reinen“ Betriebe sich, umgekehrt, zu einem gemischten Betriebe auszubauen. Die Mannesmannröhrenwerke, die bis vor kurzem ein reines Unternehmen waren, haben sich nun Kohlenfelder verschafft und geben mit der neuesten Erwerbung des Blechwalzwerkes Schulz-Knaud auch zur Produktion von Roh Eisen und Stahl über. Es ist die Deutsche Bank, die diesem Unternehmen den Rücken steift, und ihm die Möglichkeit gibt, den Verbänden der Schwerindustrie die Sterne zu bieten. Wie lange die Deutsche Bank diese Lieferabovollzieht des Mannesmann-Konzerns unterstützen wird, ist nicht leicht vorauszusagen. Wahrscheinlich, bis sich die Mannesmannen tüchtig schlagen können. Auch die Bergmann-Elektrizitätsgesellschaft ging lange Zeit ihre eigenen Wege und wurde dabei von der Deutschen Bank unterstützt. Sobald aber ihre Dividende sich zu neigen begann, wurde sie von der Deutschen Bank zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit gezwungen. So wird dies auch mit dem Mannesmann-Konzern sein. Oder aber, er wird sich friedlich mit den anderen Montanriesen zu einem allgemeinen Trust vereinigen. Das ist der nächste und wahrscheinlichste Weg. Ebenso werden wohl auch die drei Riesenbanken, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft und Dresdner Bank, sich schließlich zu einem Geldtrust zusammenschließen. Schon heute haben sie mehr als es scheint gemeinsame Interessen in dem Steinkohlenbergbau, der Schwerindustrie, Rapphoindustrie usw. Die Dresdner Bank wird immer mehr zur reinen Kreditvermittlerin; die Deutsche Bank konzentriert sich auf das Auslandsgeschäft, die Diskontogesellschaft bleibt das Feld der Emissionen von inländischen Industrieunternehmungen. Natürlich wird es noch lange Zeit dauern, bis es dahin kommen wird. Es will aber uns scheinen, daß die Entwicklung nach dieser Richtung verläuft und daß die jetzigen Faktionen (Übernahme der Bergbank durch die Deutsche Bank und des Schaaffhausischen Bankvereins durch die Diskontogesellschaft) diese Banken einander näher bringen und sie veranlassen werden, Hand in Hand zu gehen. Welche Bedeutung einer solchen konzentrierten monopolistischen Gewalt zukommt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Spectator.

Veranstaltungen.

4. Kreis, Bezirk Radebeul, Leubitz, Trachau und Kaditz. In der am 25. April im Feldschützen zu Kaditz abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Genosse Birtch einen Vortrag über: Aktuelle Tagesfragen. Genosse Kretschke gab einen kurzen Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Auch das letzte Jahr war ein für die Verwaltung sehr arbeitsreiches Jahr. Durch den Tod unseres Abgeordneten August haben machte sich im 4. Kreise eine Nachwahl nötig, durch die auch in unserem Bezirk ein großes Stück Arbeit zu erledigen war. Es haben hierzu sechs Volksversammlungen stattgefunden, drei Flugblätter wurden verbreitet, daneben noch eine große Anzahl Handzettel und Straßenschilder. Anlässlich der Stadtverordnetenwahl haben zwei Versammlungen stattgefunden; auch hierzu sind zwei Flugblätter ausgeteilt worden. Zur Agitation in der roten Woche hielt der Bezirk eine Volksversammlung ab, deren Besuch leider zu wünschen übrig ließ. Ferner fanden drei Mitglieder-versammlungen und eine Vortragssitzung des Genossen Fröhde über die Versicherungsangelegenheit statt. Sonstige Veranstaltungen des Bezirks haben drei stattgefunden, und zwar ein Volksfest in Kaditz, ein Theaterabend im Saal zu Trachau und ein Faschingsvergügen bei Waige in Kaditz. Sitzungskontrollen sind im Bezirk 2297 durch-

handen, das ist eine Zunahme von 103. Mitglieder zählt der Bezirk 1855, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 112. Die rote Woche hat uns vier Abonnenten und 71 Mitglieder gebracht. Den Kassenbericht gab Genosse Haast. Die Einnahmen und Ausgaben Bilanzieren mit 9074 M. In den Wahllokalen für die drei Kreise wurden 623,70 M. abgeleert. Genosse Schlittler vom Bürgerkomitee berichtet, daß im letzten Jahre 154 Bürger und 49 Staatsangehörige für die Wahlberechtigung erachtet wurden. Genosse Weidling gibt einen kurzen Bericht über den Stand unserer Bibliothek. Es sind 843 Bücher vorhanden. Die Leserszahl ist auf 319 gestiegen. Angehörigen wurden im letzten Jahre 4140 Bücher, das sind pro Abend 80 Stück. Auch im neuen Jahre soll die Bibliothek wieder bezugsfertig werden; von der Verwaltung sind dazu 700 M. bereitgestellt worden.

In der sich anschließenden Debatte kommt Genosse Deutlich noch einmal auf die Reichstagswahl zu sprechen. Er ist mit der Zahl der für unseren Kandidaten abgegebenen Stimmen nicht ganz zufrieden. Dann bespricht er kurz unsere Jugendbewegung und das Verbot der Konfirmationsfeier; er behauptet, daß trotz allem noch eine große Anzahl Parteigenossen ihre Kinder zur Konfirmation in die Kirche schickten. Im übrigen bezog sich die Debatte auf kleinere Einzelheiten.

Bei den Neuwahlen zur Verwaltung, zum Bürgerkomitee, zum

Agitationskomitee und zur Bibliothekskommission werden sämtliche Genossen inbezugsgeleitet. Zum Bezirksführer wird wieder Genosse Heinrich bestimmt. (Sitzg. 2. B.)

6. Kreis, Bezirk Gohmannsdorf. Eine recht gut besuchte Mitglieder-versammlung fand am 25. April in Johann Gohmannsdorf statt. Genosse Wolf sprach über Nationalismus und die natürliche Beschränkung der Kinderzahl. Genosse Köster berichtete aus dem Kreisvorstand. Hieran schloß sich eine Debatte über den Bau von Kleinwohnungen an, man entschied sich gegen Einfamilienhäuser, denn nur große Häuser mit mehreren Wohnungen könnten dem Zweck entsprechen. Um die Sache zu fördern, sollte jeder Genosse die Baugenossenschaften unterstützen. Den Jahresbericht der Verwaltung unseres neuorganisierten Bezirks gab der Genosse Pinkert. Es ist besonders hervorzuheben, daß unser Bezirk seit dem einjährigen Bestehen eine Zunahme von über 100 Parteimitgliedern und circa 50 Kandidaten der Volkszeitung zu verzeichnen hat. Ein sehr erfreulicher Fortschritt. Anwesend waren 60 Genossen, darunter 13 Frauen. (Sitzg. 29./4.)

5. Klasse 165. A. S. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen kein Gewinn steht, sind mit 500 Mark gezogen worden. (Sind die Züge der 5. Klasse verloschen).

Ziehung am 5. Mai 1914.

5000 Nr. 57662. S. S. G. & Co., Stuttgart i. B.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.

Table of lottery numbers for the 5th class, listing various winning amounts and corresponding numbers.



Dr. Diehl Stiefel

Naturgemäße Fußbekleidung

Alleinverkauf

Neustadt

Größtes Schuhlager Dresdens.

Böttcherei, Fasshandlung und Holzwaren-Lager.

Empfehle selbstgefertigte Wochengefäße sowie echt ergeb. Haus-, Küchengeräte und Holzspielwaren in großer Auswahl.

Richard Thomas, Reiburger Straße 9, Fernspr. 12695

Mutterspritzen

Spülkannen, Leibbinden, Monatsgürtel, Vorfalbinden

Frauen-Artikel!

Frau Heusinger Am See 37, nahe Dippoldswaldaer Platz

Ein Urteil über Klepperbeins Magen-Verdauungssalz

Mein Verwalter V... schreibt: ... Bei sich bei mir außerordentlich bewährt. Seit mehreren Jahren stellen sich in meinem Körperlichen Befinden Störungen ein, die einsetzen, als ich plötzlich anfang, stärker zu werden. Sie bestanden in

Hähners feststehende Wanne silberverzinkt

Mark 20.00

Bernh. Hähner, Dresden, Gr. Zwingstr. 13

Reste

Herrmann Scholz, Dresden-A 1st., Marienstraße 9.

Gr.Ersparnis! Gr.Erfolg!

Wir liefern unsere ff. Delikatess-Eigelb-Margarine „Beste-Eigelb“ zu nur 55 Pfg. per Pfund

M.Bähr & Co Hamburg 22.



Die höchste Zeit ist es daß ich mein Rad nur noch in Kraussens' Fahrrad-Haus

Filiale: Meißen Neugasse 62

- List of bicycle parts and services: reparieren lassen, selbstige werden, gutgeputzt, Nachteilen ausgeführt, etc.

Frauen-Tee

allbekannt, Paket 75 Pfennig. Kreisleben, Postnialtz

150 Mk Zähne 2.00 Mk

Unter 10jähriger realer schriftlicher Garantie für Haltbarkeit.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen kostenloses Zahnziehen (ohne Betäubung).

Meine Zahnersatzstücke erfüllen nicht nur den kosmetischen Zweck, sondern sie sind auch bei unregelmäßigen Kieferverhältnissen zum Kaen brauchbar, was für Magenleidende sehr notwendig ist.

Schlechte, abgebrochene, vereiterte Zähne und Wurzeln, welche durch Plombierung nicht mehr erhalten werden können, entferne ich ohne Chloroform in den meisten Fällen

vollständig schmerzlos à 1 Mark.

Diese Methode empfiehlt sich auch für nervöse und herzleidende Patienten, und der beste Beweis für die vorzügliche Wirkung meines Mittels ist, dass bei manchen Patienten bis 20 Zähne oder Wurzeln in einer Sitzung vollständig schmerzlos entfernt wurden.

Reparaturen und Umarbeiten nicht passender Gebisse billigt und sofort. Nervtötung 1 Mark.

Kostenlose Untersuchung des Mundes und Preisanschläge.

Zahnpraxis „Ideal“

Inh. M. Kroboth, Viktoriastrasse 16, I. [A 184] Sprechzeit 8-8, Sonntags 9-2 Uhr. Auswärtige Patienten werden möglichst in einem Tage behandelt.

Möbel Sofa in groß. Ausw. best. Polsterung, Lieferung fert. Auslieferung emp. f. und 5 Mark Bruno Röbler, Schätzerstraße 22, Zeitungsdruckerei [B 414]

Krapotkin Preis 2 Mk. Gegenseitige Hilfe in der Volksbuchhandlung Tier- und Menschenwelt. Röttcherplatz 10.

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or reference.

